

# Aus Politik und Zeitgeschichte

Beilage zur Wochenzeitung Das Parlament

Dirk Blasius

Von Bismarck zu Hitler  
Kontinuität und Kontinuitätsbegehren  
in der deutschen Geschichte

Bernd Faulenbach

Überwindung des „deutschen Sonderweges“?  
Zur politischen Kultur der Deutschen seit dem Zweiten Weltkrieg

Peter Steinbach

Deutschland vor und seit der Wende  
Von der Kenntnis zur Anerkennung der Verschiedenheiten

B 51/98

11. Dezember 1998

Dirk Blasius, Dr. phil., geb. 1941; von 1968 bis 1974 wissenschaftlicher Assistent für Neuere Geschichte an der Universität Düsseldorf; seit 1974 Professor für Sozial-, Wirtschafts- und Rechtsgeschichte an der Universität Gesamthochschule Essen.

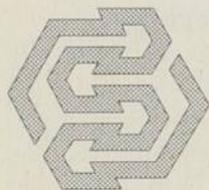
Veröffentlichungen u. a.: Bürgerliche Gesellschaft und Kriminalität. Zur Sozialgeschichte Preußens im Vormärz, Göttingen 1976; (zus. mit Eckart Pankoke) Lorenz von Stein. Geschichts- und gesellschaftswissenschaftliche Perspektiven, Darmstadt 1977; (Hrsg.) Preußen in der deutschen Geschichte, Königstein/Taunus 1980; Friedrich Wilhelm IV. 1795–1861. Psychopathologie und Geschichte, Göttingen 1992; ‚Einfache Seelenstörung‘. Geschichte der deutschen Psychiatrie 1800–1945, Frankfurt a. M. 1994.

Bernd Faulenbach, Dr. phil., geb. 1943; Historiker; Stellv. Leiter des Forschungsinstitutes für Arbeiterbewegung und Honorarprofessor an der Fakultät für Geschichtswissenschaft der Ruhr-Universität Bochum; Sachverständiges Mitglied der Enquete-Kommission „Überwindung der Folgen der SED-Diktatur im Prozeß der deutschen Einheit“ des Deutschen Bundestages; Vorsitzender der Fachkommission der Stiftung Brandenburgische Gedenkstätten; Stellv. Vorsitzender der Bundesstiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur.

Veröffentlichungen u. a.: Ideologie des deutschen Weges, München 1980; (Hrsg. zus. mit Martin Stadelmaier) Diktatur und Emanzipation. Zur russischen und deutschen Entwicklung 1971–1991, Essen 1993; (Hrsg. zus. mit Franz J. Jelich) Reaktionäre Modernität und Völkermord. Probleme des Umgangs mit der NS-Zeit in Museen, Ausstellungen und Gedenkstätten, Essen 1994; (Hrsg. zus. mit Rainer Eckert) Halberziger Revisionismus. Zum postkommunistischen Geschichtsbild, München 1996; Erfahrungen des 20. Jahrhunderts und politische Orientierung heute, Essen 1996; (Mithrsg.) Getrennte Vergangenheit, gemeinsame Zukunft, 4 Bde., München 1997; (Hrsg. zus. mit Heinrich Potthoff) Sozialdemokraten und Kommunisten nach Nationalsozialismus und Krieg, Essen 1998.

Peter Steinbach, Dr. phil., geb. 1948; 1982–1992 Professor für Historische und theoretische Grundlagen der Politik an der Universität Passau; seit 1983 wissenschaftlicher Leiter der ständigen Ausstellung „Widerstand gegen den Nationalsozialismus“ in Berlin, seit 1989 wissenschaftlicher Leiter der Gedenkstätte Deutscher Widerstand Berlin; seit 1992 Professor für Historische Grundlagen der Politik an der Freien Universität Berlin und Leiter der Forschungsstelle Widerstandsgeschichte an der FU Berlin.

Veröffentlichungen u. a.: Nationalsozialistische Gewaltverbrechen in der öffentlichen Auseinandersetzung der Nachkriegszeit, Berlin 1981; (Hrsg.) Vergangenheitsbewältigung durch Strafverfahren, München 1984; (Hrsg. zus. mit Jürgen Schmädke) Die deutsche Gesellschaft und der Widerstand gegen den Nationalsozialismus, München 1994<sup>3</sup>; (zus. mit Johannes Tuchel) Lexikon des Widerstandes 1933–1945, München 1994; Lesebuch des Widerstands, München 1994; Widerstand gegen den Nationalsozialismus, Berlin 1994; Widerstand im Widerstreit: Die Deutschen und der Widerstand gegen den Nationalsozialismus, Paderborn 1996<sup>2</sup>.



ISSN 0479-611 X

Herausgegeben von der Bundeszentrale für politische Bildung, Berliner Freiheit 7, 53111 Bonn. Internet: <http://www.bpb.de>; E-Mail: [ag2@bpb.de](mailto:ag2@bpb.de)

Redaktion: Dr. Klaus W. Wippermann (verantwortlich), Dr. Katharina Belwe, Dr. Ludwig Watzal, Hans G. Bauer.

Die Vertriebsabteilung der Wochenzeitung DAS PARLAMENT, Fleischstraße 62–65, 54290 Trier, Tel. 06 51/9 79 91 86, möglichst Telefax 06 51/9 79 91 53, nimmt entgegen

- Nachforderungen der Beilage „Aus Politik und Zeitgeschichte“;
- Abonnementsbestellungen der Wochenzeitung DAS PARLAMENT einschließlich Beilage zum Preis von DM 14,40 vierteljährlich, Jahresvorzugspreis DM 52,80 einschließlich Mehrwertsteuer; Kündigung drei Wochen vor Ablauf des Berechnungszeitraumes;
- Bestellungen von Sammelmappen für die Beilage zum Preis von 7,— zuzüglich Verpackungskosten, Portokosten und Mehrwertsteuer.

Die Veröffentlichungen in der Beilage „Aus Politik und Zeitgeschichte“ stellen keine Meinungsäußerung des Herausgebers dar; sie dienen lediglich der Unterrichtung und Urteilsbildung.

Für Unterrichtszwecke können Kopien in Klassensatzstärke hergestellt werden.

# Von Bismarck zu Hitler Kontinuität und Kontinuitätsbegehren in der deutschen Geschichte

## I. 1945: Kontinuität im Schatten der Kriegsniederlage

Der Historiker lebt von der Kontinuität, von der Fortdauer der Strukturen unter der Oberfläche rasch aufeinanderfolgender Ereignisse, aber auch von der Verkettung dieser Ereignisse durch den Faktor ‚Persönlichkeit‘ in der Geschichte<sup>1</sup>. Bismarck war die stärkste kontinuierlich verbürgende Persönlichkeit der deutschen Geschichte; nach 1945 wurde er damit nicht zufällig zu einem „Problem“<sup>2</sup>. An ihm entzündete sich „die Frage nach der Kontinuität in der deutschen Geschichte der letzten drei Menschenalter“; die Antworten, die auf diese Frage gegeben wurden, zeigen, wie schwer es vielen in der Stunde der „deutschen Katastrophe“ fiel, sich aus dem Bann der Kontinuität zu lösen. Die alten deutschnationalen Wertungen Bismarcks und des von ihm geprägten Zeitalters schimmerten auch da durch, wo zu einer kritischen Überprüfung des Weges aufgerufen wurde, der zu Hitler und seinem Reich geführt hatte. Das Thema ‚Bismarck und seine Zeit‘ war nach Kriegsende für diejenigen, die die Herrschaft des Nationalsozialismus mit getragen, mit ertragen oder – in die Emigration gezwungen – überlebt hatten, mit Emotionen verbunden, hinter denen sich Verlustängste verbargen; dieses Thema konnte zur damaligen Zeit nicht Gegenstand ruhiger Gelehrtenarbeit sein<sup>3</sup>.

Es stand nicht gut um die Kontinuität deutscher Geschichte im Jahre 1945. Dennoch schien die Vergangenheit eine Art Sichtschutz zu bieten, um dem Bild, das die Gegenwart bot, zu entfliehen. Die Abspaltung der Bismarckzeit von der Zeit des

„Dritten Reichs“ ermöglichte es einer Historikergeneration, die noch im Kaiserreich ihre entscheidende Formung erfahren hatte, weiterhin an alten Kontinuitätsillusionen festzuhalten. Siegfried A. Kaehler (1885–1963), ein Göttinger Historiker mit großem Familien- und Bildungshintergrund, schrieb am 28. Februar 1945 an seine Schwester: „Es ist ein schlimmerer Zusammenbruch, als ich ihn seit Jahren kommen sah. 1918 ein Kinderspiel dagegen. Aber was zusammenbricht, ist *nicht* das Reich Bismarcks, sondern das Reich Hitlers, dessen 1000jähriger Bestand 1933 verkündet wurde.“<sup>4</sup> Nach der Kapitulation markierte Kaehler noch schärfer die Differenz zwischen nationaler und nationalsozialistischer Geschichte. „Sollte ich am Leben und Professor bleiben“, schrieb er am 15. Juni 1945, „so soll der Rest von Zeit und Kraft dazu dienen, das wahre deutsche Gesicht festzuhalten und herauszuarbeiten zu der NS-Fratze und der Verzerrung der fremden ‚Beschuldigungen.‘“<sup>5</sup> Historiker als die Hüter des wahren Gehalts deutscher Geschichte trauerten nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs um das, was dieser Geschichte zwischen 1933 und 1945 angetan wurde; die Nähe ihrer Positionen zu denen der braunen Machthaber bedachten sie nicht.

Kaehler war keine Zunftgröße; er hatte nichts zu verbergen und brauchte nichts zu verdrängen. Er war ein deutscher ‚Normalhistoriker‘, aber als solcher Repräsentant einer Geisteshaltung, die es vermied, den Verlauf der deutschen Geschichte unter Einschluß der nationalsozialistischen Zeit kritisch zu durchdenken. Mit der zeittypischen Verkürzung der Kontinuitätsfrage konnten die Historiker nach 1945 ohne große Schuldgefühle weiterleben – auch die, die es in den Jahren des „Dritten Reichs“ an dem aus Einsicht gebotenen Abstand hatten fehlen lassen. Dennoch, die Vergangenheit war angreifbar geworden; auf ihr lag der lange Schatten einer unseligen Gegenwartserfahrung. „Wie ‚harmlos‘“, schrieb Kaehler im Mai

1 Vgl. Theodor Schieder, Strukturen und Persönlichkeiten in der Geschichte, in: ders., Geschichte als Wissenschaft. Eine Einführung, München 1965, S. 149–186, bes. S. 180 ff.

2 Vgl. Lothar Gall (Hrsg.), Das Bismarck-Problem in der Geschichtsschreibung nach 1945, Köln–Berlin 1971, S. 9–24.

3 Vgl. Johannes Kunisch (Hrsg.), Bismarck und seine Zeit, Berlin 1991.

4 Walter Bußmann/Günther Grünthal (Hrsg.), Siegfried A. Kaehler. Briefe 1900–1963, Boppard 1993, S. 290 f.

5 Ebd., S. 311 ff.

1945, „war im Vergleich mit diesem entsetzlichen Zusammenbruch das Unglück von 1918, an dem wir damals so schwer getragen haben und das wir für unüberbietbar hielten. Damals besaßen wir – nach menschlichen Maßstäben – noch eine unangreifbare Vergangenheit; jetzt sehen wir, daß der zum Amokläufer gewordene ‚Rattenfänger von Hameln‘ mit unserer Zukunft uns auch unsere deutsche Geschichte gestohlen und den deutschen Namen zum ‚odium generis humanis‘ gemacht hat. Durch die Anwendung asiatischer Methoden auf europäischem und deutschem Boden, einschließlich des bewußten Völkermordes der Kriegsführung seit August 1944. Wo anfangen, wo enden??“<sup>6</sup>

Über das Ende brauchte im Mai 1945 nicht lange nachgedacht zu werden. Wo aber fing das an, was zu diesem Ende geführt hatte? 1945 war die Kontinuitätsfrage die bohrendste aller zeitgeschichtlichen Fragen. Antworten wurden gesucht und gegeben, bevor diese Frage dann in den fünfziger Jahren in die Sicherheit des Beschweigens abgeschoben wurde.

Einer der Historiker, die ‚1933‘ nicht aus der Kontinuität der deutschen Geschichte ausgliedern wollten, war Friedrich Meinecke (1862–1954). Seine „Betrachtungen und Erinnerungen“ zur „deutschen Katastrophe“, 1946 erschienen, stecken im Grunde gedanklich schon das Terrain ab, auf dem Jahrzehnte später der Streit um Kontinuität und Gegenkontinuität ausgetragen werden sollte<sup>7</sup>. Meinecke, noch zu Zeiten des Bismarckreichs in die Rolle eines Nestors der deutschen Historikerschaft hineingewachsen, setzte sich in seiner Schrift zum Ziel, den „tieferen Ursachen“ der Ungeheuerlichkeiten des „Dritten Reichs“ nachzuspüren. Er ging weit zurück, um die „unglücklichen Wendungen“ der deutschen Geschichte zu enträtseln, und überprüfte auch die eigenen Empfindungen vor dem Hintergrund gemachter historischer Erfahrungen. „Wie fühlten wir uns“, schrieb er, „oft so frei und stolz gegenüber aller bisherigen deutschen Vergangenheit in diesem mächtig aufblühenden und jedem von uns einen Lebensraum bietenden Reiche von 1871! Aber der erschütternde Verlauf des ersten und noch mehr des zweiten Weltkriegs läßt die Frage nicht mehr verstummen, ob nicht Keime des späte-

ren Unheils in ihm von vornherein wesentlich steckten. Es ist die Frage, die ein mutiges und aufgeschlossenes Geschichtsd Denken auch an jede große und als heilvoll geltende Erscheinung in der Geschichte, in der später eine Entartung eintritt, richten muß.“<sup>8</sup>

Meinecke forderte den Historikern den Mut zur kritischen Selbstüberprüfung ab; nur wenige seiner Kollegen folgten ihm, weil er den Finger auf eine Wunde legte, die schmerzte. Es ging ihm nicht um die schuldhaftige Verstrickung einzelner, auch nicht, wie etwa Gerhard Ritter (1888–1967), um Systemfragen staatlicher Machtausübung. Ritter, so in einem Brief vom Juli 1946, hielt unbeirrt an seiner alten Unterscheidung „Macht ist nicht gleich ‚Gewalt‘“ fest und wandte sich entschieden gegen die Gleichsetzung von preußisch-deutscher „Machtpolitik“ mit nationalsozialistischer „Gewaltspolitik“<sup>9</sup>. Meinecke setzte in seiner Bilanz der vergangenen hundert Jahre tiefer an. Er griff, sicherlich bewußt und in aufrüttelnder Absicht, auf den Nazi-Wortschatz zurück, um den Blick auf unheilvolle Tendenzen der deutschen Geschichte zu lenken. Meinecke fragte bei seiner Umkreisung des „schwer lösbaren“ deutschen Rätsels nach dem „Entartungsprozeß im deutschen Bürgertum“; es ist die „Geschichte der Entartung deutschen Menschentums“, die er verstehen will<sup>10</sup>.

Der These vom Versagen des deutschen Bürgertums nicht erst bei der nationalsozialistischen Machtergreifung und Machtbefestigung versagten sich für eine allzulange Zeit Deutschlands bürgerliche Historiker. Ein Eingehen auf diese These hätte das Eingeständnis eigenen Versagens bedeutet. In einem Brief an einen Kollegen sprach Meinecke von „einer weit zurückreichenden saecularen Entartung des deutschen Bürgertums und des deutschen Nationalgedankens“<sup>11</sup>. Hier lag für ihn der Kern der Kontinuitätsfrage. „Hitlers Unternehmen“, so deutete er dessen politische Wirkungen, „schien also mehr Kontinuität mit den Traditionen und Werten der bisherigen bürgerlichen Kultur zu versprechen als der radikale Neubau des Bolschewismus. Er bestach dadurch weite Kreise des Bürgertums.“<sup>12</sup>

8 F. Meinecke (Anm. 7), S. 26.

9 Vgl. Klaus Schwabe/Rolf Reichardt (Hrsg.), Gerhard Ritter. Ein politischer Historiker in seinen Briefen, Boppard 1984, S. 414 ff. (8. Juli 1946).

10 F. Meinecke (Anm. 7), S. 41 u. 28.

11 Ludwig Dehio/Peter Classen (Hrsg.), Friedrich Meinecke. Ausgewählter Briefwechsel, Stuttgart 1962, S. 247 f. (22. März 1946).

12 F. Meinecke (Anm. 7), S. 108.

6 Ebd., S. 298 ff. (19. Mai 1945).

7 Vgl. Friedrich Meinecke, Die deutsche Katastrophe. Betrachtungen und Erinnerungen, Wiesbaden 1946; vgl. auch Thomas Nipperdey, 1933 und die Kontinuität der deutschen Geschichte, in: Historische Zeitschrift, 227 (1978), S. 86–111.

---

## II. Kontinuitätshistorie

---

Die deutsche Geschichtswissenschaft begab sich 1945 nicht auf die Suche nach der vorhandenen, wenn auch von dem über achtzig Jahre alten Meinecke mehr angedeuteten als klar benannten Kontinuität. Erst die großen Darstellungen zur Geschichte des Deutschen Kaiserreichs und zur Rolle Bismarcks als einer strukturbegründenden Persönlichkeit nahmen nach Jahrzehnten des Umlaufens des Kontinuitätsproblems die in ihm steckende Frage als eine Sichtsfrage vergangenen Geschehens wieder auf<sup>13</sup>. Welches waren die bestimmenden Elemente deutscher Geschichte im 19. Jahrhundert, und waren dies Elemente, die den Weg in den Nationalsozialismus vorbereitet und erleichtert haben? „Inwieweit läßt sich 1933“, fragte Thomas Nipperdey 1978, sich bewußt von der „kritischen Kontinuitätshistorie“ Hans-Ulrich Wehlers abgrenzend, „aus so etwas wie der Kontinuität der deutschen Geschichte erklären?“<sup>14</sup>

Skepsis gegenüber der Gleichsetzung von Kontinuität und Kausalität ist sicherlich angebracht; deutsche Vergangenheit ist immer mehr gewesen als bloße Vorgeschichte der „deutschen Katastrophe“. Auch Wehler beschreibt sehr genau den Bildungsprozeß eines ‚bürgerlichen‘ Deutschland, der sich freilich im Rahmen einer politischen Ordnung vollzog, die vom ‚alten‘ Deutschland festgelegt und verteidigt wurde. Auch die sich nicht-kritisch gebende, mehr kultur- und altersgeschichtlich ausgerichtete Historie kann nicht umhin, die dominierenden Linien der deutschen Geschichte in den Blick zu nehmen; auch sie muß fragen, was als Anschlußstelle für den Nationalsozialismus dienen, woran er anknüpfen konnte. Meinecke verwies auf den Entartungsprozeß im deutschen

---

13 Vgl. Lothar Gall, Bismarck. Der weiße Revolutionär, Frankfurt am Main u. a. 1980; Otto Pflanze, Bismarck, 2 Bde., München 1997/1998; Thomas Nipperdey, Deutsche Geschichte 1866–1918, Bd. 2: Machtstaat vor der Demokratie, München 1992; Wolfgang J. Mommsen, Das Ringen um den nationalen Staat. Die Gründung und der innere Ausbau des Deutschen Reiches unter Otto von Bismarck 1850 bis 1890, Berlin 1993; ders., Bürgerstolz und Weltmachtstreben. Deutschland unter Wilhelm II. 1890 bis 1918, Berlin 1995; Hans-Ulrich Wehler, Deutsche Gesellschaftsgeschichte, Bd. 3: Von der „Deutschen Doppelrevolution“ bis zum Beginn des Ersten Weltkrieges 1849–1914, München 1995; Volker Ullrich, Die nervöse Großmacht. Aufstieg und Untergang des deutschen Kaiserreichs 1871–1918, Frankfurt a. M. 1997; Thomas Kühne, Das Deutsche Kaiserreich 1871–1918 und seine politische Kultur: Demokratisierung, Segmentierung, Militarisierung, in: Neue Politische Literatur, 43 (1998), S. 206–263.

14 Th. Nipperdey (Anm. 7), S. 87 u. S. 105.

Bürgertum, und hier lag in der Tat für die Nationalsozialisten ein bereitetes Feld.

Im Umkreis der politischen Kultur finden sich jene Kontinuitäten am stärksten ausgeprägt, die die Geschichte der NS-Zeit mit der der Bismarckzeit verbinden. Letztere war eine Zeit des Einschleifens von Antiliberalismus, Antiparlamentarismus und Demokratiefeindschaft. Das Kaiserreich wurde im Verlauf seiner Geschichte immer mehr zu einem Sperrbezirk für politische Reformen. Mit der Reformverweigerung hing eine verhängnisvolle Formveränderung des deutschen Nationalismus zusammen. Er löste sich von seinen liberalen, kosmopolitischen und gegen die staatliche Autorität gerichteten Ursprüngen und ging mit dieser einen Pakt zur Feier nationaler Größe und Einzigartigkeit ein. Ein „zugespitzt radikalisierte Nationalismus“, den Bismarck zur Erreichung seiner politischen Ziele auszubeuten verstand, war auch der Nährboden für jene Schübe von Antisemitismus im Deutschen Kaiserreich, auf die sich Politik und Propaganda des Nationalsozialismus später so häufig bezogen. Zum Bündel kollektiver Einstellungsmuster, die 1933 das totalitäre Zerstörungswerk der Demokratie so glatt ablaufen ließen, gehört auch der Militarismus. „Nirgendwo sonst in einer westlichen Gesellschaft“, schreibt Hans-Ulrich Wehler im dritten Band seiner ‚Deutschen Gesellschaftsgeschichte‘, „ist im letzten Drittel des 19. Jahrhunderts der Militarismus in die Kollektivmentalität, in das Identitätsbewußtsein, in den Nationalismus so tief eingedrungen wie im kaiserlichen Deutschland.“<sup>15</sup>

Alles zusammengenommen, läßt sich eine „ideologische Neuformation“ (Otto Pflanze) konstatieren – getragen und befördert durch die „Konversion der Gebildeten, der Elite der Universitäten und der akademischen Berufe“, die das Kaiserreich den nachfolgenden Geschichtsabschnitten als Hypothek hinterließ<sup>16</sup>.

---

## III. 1933: Kontinuitätsinszenierungen

---

So entschlossen die nationalsozialistische Bewegung die Macht, die ihr 1933 zugespielt wurde, benutzte, um geschichtlich gewachsene Strukturen in Staat und Gesellschaft einzureißen – die „nationale Revolution“ stellte man mit Bedacht in den Fluß der nationalen Geschichte. Sich im Umsturz

---

15 H.-U. Wehler (Anm. 13), S. 1286.

16 O. Pflanze (Anm. 13), Bd. 2: Der Reichskanzler, S. 682.

geschichtlich zu legitimieren war von eindeutigen Machtkalkülen geleitet. Man wollte die alten Eliten für den neuen Staat gewinnen, indem man über die Gewaltformen der betriebenen Politik den Mantel einer großen Geschichte warf. Der Nationalsozialismus täuschte politisches Handeln aus historischer Motivation vor und griff dabei auf das Staatswesen zurück, das in der deutschen Geschichte das höchste staatspolitische Prestige besaß: Preußen. Die preußische Geschichte wurde nach 1933 zur Manövriermasse der nationalsozialistischen Propagandapolitik<sup>17</sup>. Trotz des Mißbrauchs der preußischen Idee für die Zwecke der NS-Ideologie berührte diese Politik Zonen des Selbstverständnisses der Führungsschichten, die man zu gewinnen suchte. Für den Erfolg des Nationalsozialismus ist das Anstoßen emotionaler Prozesse mit Hilfe zurechtgeschnittener Geschichtsbilder von großer Bedeutung. Sie erhöhten den Verführungsdruck, der von dem neuen Regime ausging, und setzten gleichsam einen dialektischen Prozeß von Innen- und Außenanpassung in Gang. Kurz, das Buhlen um ‚das Preußische‘, um Geschichtliches überhaupt – so hat es Karl Dietrich Bracher formuliert –, war „ein Zentralelement der Machtergreifungs- und Machtbefestigungsperiode“<sup>18</sup>.

Zu Beginn seiner Gewaltherrschaft übte sich gerade Hitler in devoten Gesten vor Preußens großer Geschichte. Am 21. März 1933 wurde mit einem pompösen Staatsakt in der Potsdamer Garnisonkirche die erste Reichstagssitzung des „Dritten Reichs“ eingeleitet. Dieser Tag sollte die Leistung Bismarcks in Erinnerung bringen, der am 21. März 1871 das erste Parlament des geeinten Reiches eröffnet hatte. Die Nationalsozialisten wußten sehr genau die Wirkung Bismarcks einzuschätzen, der als „Mythos“ im Gedächtnis insbesondere der bürgerlichen Schichten weiterlebte<sup>19</sup>. Mit seinem Namen verband sich die Erinnerung an eine der erfolgreichsten Wegstrecken preußisch-deutscher Geschichte. Am ‚Tag von Potsdam‘ verbeugte sich Hitler tief vor dem Reichspräsidenten von Hindenburg, der in der Phase der ‚braunen Revolution‘ wie eine Mumie aus fernen Zeiten wirkte.

Verbeugungen hatte Hitler 1939, auf dem Höhepunkt seiner Macht, nicht mehr nötig. An einem

17 Vgl. Hans-Ulrich Thamer, Geschichte und Propaganda. Kulturhistorische Ausstellungen in der NS-Zeit, in: Geschichte und Gesellschaft, 24 (1998), S. 349–381.

18 Karl Dietrich Bracher, Das Ende Preußens, in: Preußen. Seine Wirkung auf die deutsche Geschichte, hrsg. von der Fritz Thyssen Stiftung, Stuttgart 1985, S. 281–307, hier S. 298.

19 Vgl. Lothar Machtan (Hrsg.), Bismarck und der deutsche Nationalmythos, Bremen 1994.

naßkalten Februartag nahm er auf dem Gelände der Hamburger Werft von Blohm und Voß die Fertigstellung eines über 40 000 Tonnen großen Schlachtschiffes ab. Eine Enkelin Bismarcks taufte dieses Schiff und sprach dabei die Worte: „Auf Befehl des Führers taufe ich dich auf den Namen ‚Bismarck‘.“ Befehlshaberisch legte Hitler in einer langen Rede auch seinen Ort in der deutschen Geschichte fest<sup>20</sup>. Goebbels applaudierte schon vorher. In sein Tagebuch trug er am 13. Februar 1939 ein: „Zum Führer . . . Später erzählt der Führer noch, daß er an seiner Rede zum Stapellauf der ‚Bismarck‘ arbeitet. Er will da mit (!) dem 2. Reich ein paar passende Worte sprechen. Und vor allem Bismarck dem feigen Kaiser Wilhelm II. gegenüber rehabilitieren. Wie muß Bismarck gelitten haben, von so einem Wicht unter so entehrenden Umständen entlassen worden zu sein. Das muß einmal offen gesagt werden, auch einer gewissen Reaktion gegenüber.“<sup>21</sup>

Hitler ging in seiner Rede weniger auf den noch lebenden „Wicht“ als Erzfeind des alten Bismarck als auf die Schar seiner politischen Feinde ein. Sich selbst sah er als Vollender eines Werkes, das Bismarck begonnen hatte: „Unter all den Männern“, führte Hitler aus, „die es beanspruchen können, ebenfalls Wegbereiter des neuen Reiches gewesen zu sein, ragt einer in gewaltiger Einsamkeit heraus: Bismarck.“ Hitler beschwor Bismarcks Ringen mit einer Welt von Feinden, besonders mit der Phalanx der inneren Reichsfeinde. Er erinnerte an Bismarcks Mißachtung von „Majoritätsbeschlüssen“, die von „Nullen“ gefaßt worden seien, und feierte überschwenglich den „Riesenkampf“ des „Reichschmieds“, den vielleicht nur derjenige ermessen könne, „der selbst einer solchen Welt von Widerständen entgegentreten gezwungen war“.

Die Abstriche, die Hitler an Bismarck vornimmt, bezeichnen freilich den Wesensgehalt seiner eigenen Politik. Bismarck, so Hitler, habe „jenes weltanschaulich fundierte Instrument“ gefehlt, um seinen „Kampf bis zur letzten Konsequenz durchzuführen“. Dynastische Strukturen seien ebenso erhalten geblieben wie föderative und parlamentarische. Das alles sei aus dem „heutigen Großdeutschland“ verschwunden. „Die Vorsehung hat sich gerechter erwiesen, als es die Menschen waren. Fürsten und Dynastien, politisierende Zen-

20 Vgl. Max Domarus, Hitler. Reden und Proklamationen 1932–1945, Wiesbaden 1973, S. 1077–1080 (Rede vom 14. Februar 1939); Herbert D. Andrews, Hitler, Bismarck, and History, in: German Studies Review, 14 (1991), S. 511–532.

21 Elke Fröhlich (Hrsg.), Die Tagebücher von Joseph Goebbels, Teil I, Bd. 3, München u. a. 1987, S. 574.

trumpriester und Sozialdemokraten, Liberalismus, Länderparlamente und Reichstagsparteien sind nicht mehr. Sie alle, die das geschichtliche Ringen dieses Mannes einst so erschwerten, haben seinen Tod nur wenige Jahrzehnte überlebt. Der Nationalsozialismus aber hat in seiner Bewegung und in der deutschen Volksgemeinschaft die geistigen, weltanschaulichen und organisatorischen Elemente geschaffen, die geeignet sind, die Reichsfeinde von jetzt ab und für alle Zukunft zu vernichten.“

1939 gab es im Staat Hitlers keine „Reichsfeinde“ mehr; Bismarck wurde zitiert, um Energien für den Kampf gegen äußere Feinde freizusetzen, für das Wagnis eines Weltanschauungskrieges. Der abgeschlossene Endkampf im Inneren sollte beispielgebend für die noch ausstehenden äußeren Kämpfe sein.

Während es sich der Nationalsozialismus auf dem Höhepunkt seiner Macht glaubte leisten zu können, die Diskontinuität zu früheren Epochen zu betonen, war er am Beginn seiner Herrschaft darauf bedacht, sich über publikumswirksame Inszenierungen in die Kontinuität der deutschen Geschichte einzuschleichen. Er brauchte Freunde bei der Durchsetzung seiner Weltanschauungspolitik. Ein Meister im Aufbau historischer Kulissen war Göring, von Hitler im April 1933 zum preußischen Ministerpräsidenten ernannt. Göring versuchte sich an der Revitalisierung preußischer Traditionen, um die alten, vornationalsozialistischen Eliten für den NS-Staat zu gewinnen. Am 8. Juli 1933 wurde ein Gesetz über die Bildung eines Preußischen Staatsrats beschlossen, der als Bindeglied zwischen dem alten und dem neuen Preußen fungieren sollte<sup>22</sup>. Die braunen Machthaber waren auf der Suche nach Mitträgern ihrer Macht in Wissenschaft, Wirtschaft, Kultur und Kirche. Der Staatsrat war als ein Beratungsgremium des preußischen Ministerpräsidenten gedacht. Seine Mitglieder führten die Amtsbezeichnung ‚Preußischer Staatsrat‘.

Neben den preußischen Ministern und Staatssekretären saßen im Staatsrat die Spitzen der NS-Organisationen – die Gauleiter der NSDAP in Preußen, Röhm als Stabschef der SA, Ley als Führer der Deutschen Arbeitsfront, Himmler als Reichsführer der SS und Heydrich als Kopf der Geheimen Staatspolizei. Diesen Leuten von Einfluß stellte Göring Zelebritäten an die Seite: die Weltkriegshelden von Mackensen und von Trotha; den Ruhrindustriellen Fritz Thyssen, einen der

gewichtigsten industriellen Fürsprecher Hitlers; den Staatsrechtler Carl Schmitt (1888–1985), der in den zwanziger Jahren Aufsehen erregt und wissenschaftliche Anerkennung gefunden hatte; den zum evangelischen Reichsbischof ernannten Wehrkreispfarrer Ludwig Müller; den Bischof von Osnabrück, Wilhelm Berning, der sich in den Augen Hitlers beim Aushandeln des Reichskonkordats mit dem Vatikan Verdienste erworben hatte, sowie Wilhelm Furtwängler, den Direktor der Berliner Staatsoper und Ersten Staatskapellmeister, der durch seine Bevorzugung der Klassiker die Dominanz alter deutscher Musik über die Werke der Zeitgenossen unterstrich<sup>23</sup>.

Der Staatsrat sollte nach dem Wunsch Görings das Aushängeschild des nationalsozialistisch gewordenen Preußen sein. Am 15. September 1933 wurde er in der Neuen Aula der Berliner Universität feierlich eröffnet<sup>24</sup>. Göring, auf die Sicherung seiner Macht im NS-Staat bedacht, kopierte Hitlers ‚Tag von Potsdam‘, jene preußische Weihstunde durch den Reichspräsidenten von Hindenburg; auch er bemühte die Geschichte, um den eigenen Führungsanspruch zu legitimieren. Der Staatsakt vom 15. September wurde als Medienereignis in Szene gesetzt – mit Fahnen, Aufmärschen, in- und ausländischen Ehrengästen sowie einer „staatspolitischen Rede“ Görings, über die „mehr als 100 Pressevertreter“ zu berichten hatten. Stolz erwähnte der „Völkische Beobachter“ die Namen aller 68 Staatsräte, die vereidigt wurden; unter ihnen, so die Formulierung des Kampfblatts der nationalsozialistischen Bewegung, „im geistlichen Kleid der Bischof von Osnabrück, Dr. Berning, und als Vertreter der Kunst Staatskapellmeister Furtwängler“<sup>25</sup>. Vor Überreichung der Berufungsurkunden sprach Göring den Staatsräten die Eidesformel vor: „Ich schwöre bei Gott dem Allmächtigen und Allwissenden, daß ich mein Amt als preußischer Staatsrat nach bestem Wissen und Gewissen führen und mich in unwandelbarer Treue zu unserem Volke und seinem Führer Adolf Hitler, der geschichtlichen Größe Preußens bewußt, für den Neuaufbau des Reichs mit allen Kräften einsetzen werde.“ Der berichtende „Reichs- und Staatsanzeiger“, das Amtsblatt des „Dritten Reichs“, hielt fest: „Die Staatsräte erhoben die Hand zum Schwur und bekräftigten die Eidesformel mit den gemeinsam

23 Vgl. Handbuch über den Preußischen Staat, 138 (1934), S. 40–42.

24 Vgl. Der Staatsakt vom 15. September 1933, in: Reichs- und Staatsanzeiger Nr. 217 vom 16. September 1933, S. 2–4.

25 Ein Wendepunkt im preußischen Staatsleben, in: Völkischer Beobachter, Norddeutsche Ausgabe vom 16. September 1933, S. 1 f.

22 Vgl. Gesetz über den Preußischen Staatsrat vom 8. Juli 1933, in: Preußische Gesetzsammlung 1933, S. 241–243.

gesprochenen Worten: ‚Ich schwöre es, so wahr mir Gott helfe!‘<sup>26</sup>

Göring hatte in seiner Rede deutlich gemacht, was er von den Staatsräten erwartete: „Sie“, so beschwor er die „Bannerträger unserer Bewegung in Preußen“, „müssen eifern gegen den alten Parlamentarismus. Überall müssen sie arbeiten und Verständnis dafür erwecken, daß nur das Prinzip der Auslese, daß nur der Führergedanke ein Volk retten und führen kann.“ Preußens größte geschichtliche Stunde sah Göring in der Abwehrschlacht, die Bismarck in den sechziger Jahren des 19. Jahrhunderts gegen den anstürmenden Parlamentarismus geschlagen hatte. „Durch die Berufung Bismarcks zur Staatsführung, durch seine staatsmännische Arbeit, ist die vom Parlament her drohende Gefahr für einen machtvollen Aufstieg des Reiches zunächst zwar beschworen worden, vor dem Genius des Altmeisters deutscher Staatskunst mußte sich alles beugen, was damals in Opposition stand. Aber wir wissen, daß es auch einem Bismarck nicht gelang, das Übel parlamentarischer und demokratischer Geisteseinstellung von der Wurzel her zu beseitigen.“ Dies getan zu haben sei das Verdienst des Nationalsozialismus; diese Tat sei eine Verbeugung vor der geschichtlichen Größe Preußens. Göring schloß mit dem Diktum: „Die Stunde, die wir jetzt erleben, ist die Todesstunde des Parlamentarismus in Preußen.“

Die Nationalsozialisten waren auf der Suche nach kopierfähigen Abschnitten der preußisch-deutschen Geschichte. Sie sahen sich – gerade in der Phase der Versäulung ihrer Macht – im Spiegel eines Bismarcks, der durch das Niederkämpfen seiner Feinde zum Heros der deutschen Geschichte wurde<sup>27</sup>. Das Bismarck-Bild, das Göring und Hitler zeichneten, ist jedoch nicht das ganze Bild dieser historischen Persönlichkeit. Unbestreitbar weist alles, was Bismarck bewirkte und schuf, Spuren des Kampfes auf. Doch die Kämpfe, die Bismarck austrug, waren nicht auf die Vernichtung des Gegners angelegt. Bismarcks Politik war fähig zum Friedensschluß, die des Nationalsozialismus nicht. Dessen Weltanschauung machte jeden Kampf zum Endkampf, jede Lösung sollte eine ‚Endlösung‘ sein.

Gerade die Jahre des Preußischen Verfassungskonflikts, die die Nationalsozialisten zum Reso-

nanzboden ihrer eigenen Politik stilisierten, zeigen einen bezeichnenden Unterschied zwischen dem tatsächlichen Geschehensablauf und seiner politisch motivierten Vergegenwärtigung. Im Herbst des Jahres 1862 gelangte Bismarck – von vielen beargwöhnt – in das Amt des Preußischen Ministerpräsidenten, um den schon anhängigen innenpolitischen Konflikt im Sinne der Krone zu lösen. Der König drang auf eine Heeresvermehrung und auf eine Verlängerung der Dienstzeit; das Parlament wollte, unter Berufung auf sein Budgetrecht, die dazu erforderlichen Mittel nicht bewilligen. Bismarck machte die Verfassungsfrage zu einer Machtfrage und ließ die Parlamentsopposition ins Leere laufen. Er exekutierte, während das Abgeordnetenhaus debattierte. Über Jahre wurde in Preußen ohne einen ordnungsgemäß verabschiedeten Haushalt regiert, wurde das Militär aufgestockt, ohne daß Verfassungsregeln beachtet wurden. Doch nach Königgrätz, nach dem großen Sieg Preußens über Österreich im Jahre 1866, erteilten die Abgeordneten Bismarck ‚Indemnität‘, billigte auch die Mehrheit der Liberalen im Parlament im nachhinein eine Handlungsweise, die sich über die Verfassung hinweggesetzt hatte.

1862 freilich trug Bismarck selbst dazu bei, seine Politik dem Verdacht einer Blut- und Eisenpolitik auszusetzen. Seinen ersten parlamentarischen Auftritt hatte er am Abend des 30. September 1862 in der Budgetkommission des Abgeordnetenhauses. Seine Rede weckte Emotionen, weil sie kühl das Recht der Macht unterstellte und darauf insistierte, daß die Krone im monarchischen Staat den Letztentscheid habe. „Die Krone“, so führte er aus, „habe noch andere Rechte, als die in der Verfassung ständen.“ „Die Interpretation, es sei verfassungswidrig, verweigerte Ausgaben zu machen, teile er nicht.“<sup>28</sup> Bismarck hielt der liberalen Parlamentsmehrheit vor: „Nicht auf Preußens Liberalismus sieht Deutschland, sondern auf seine Macht; Bayern, Württemberg, Baden mögen dem Liberalismus indulgieren, darum wird ihnen doch keiner Preußens Rolle anweisen; Preußen muß seine Kraft zusammenfassen und zusammenhalten auf den günstigen Augenblick, der schon einige Male verpaßt ist; Preußens Grenzen nach den Wiener Verträgen sind zu einem gesunden Staatsleben nicht günstig; nicht durch Reden und Majoritätsbeschlüsse werden die großen Fragen der Zeit entschieden – das ist der große Fehler von 1848 und 1849 gewesen –, sondern durch Eisen und Blut.“<sup>29</sup>

26 Reichs- und Staatsanzeiger (Anm. 24), S. 4.

27 Parteinahe Historiker stützten diese Sicht Bismarcks ab, vgl. Otto Westphal, Feinde Bismarcks. Geistige Grundlagen der deutschen Opposition 1848–1918, München 1930; ders., Bismarck und Hitler, in: Vergangenheit und Gegenwart, 22 (1933), S. 469–481.

28 Lothar Gall (Hrsg.), Bismarck. Die großen Reden, Berlin 1981, S. 58–64 (Rede vom 30. September 1862).

29 Ebd., S. 63.

Die Nationalsozialisten beriefen sich auf die Konflikte, die Bismarck in den sechziger Jahren mit dem Liberalismus austrug. Sie zeigen die Kompromißlosigkeit des politisch Handelnden; ihr Ende zeigt freilich auch, daß Kompromißfähigkeit zu politischem Handeln gehört. Nach vier Jahren des Kampfes schloß Bismarck mit dem Parlament Frieden, akzeptierte er dessen durch die Verfassung verbürgte Rechte und setzte auf Kooperation bei den anstehenden großen Aufgaben. Das Werk Bismarcks ist ohne die Kampfbereitschaft dieses Politikers nicht denkbar; ohne den in die Tat umgesetzten Willen, Kämpfe zu beenden, wäre es kaum zustande gekommen.

Nachdem auf außenpolitischem Feld die Würfel gefallen waren, erklärte Bismarck Anfang September 1866 in der Debatte des preußischen Abgeordnetenhauses über die Indemnitätsvorlage, mit der das Parlament nachträglich das Handeln der Regierung billigen sollte: „Wir wünschen den Frieden, nicht weil wir kampfunfähig sind in diesem inneren Kampf . . . Wir wünschen den Frieden, weil unserer Meinung nach das Vaterland ihn im gegenwärtigen Augenblicke in höherem Grade bedarf als früher . . . In diesem Augenblick sind aber die Aufgaben der auswärtigen Politik noch ungelöst, die glänzenden Erfolge der Armee haben nur unseren auf dem Spiele stehenden Einsatz gewissermaßen erhöht, wir haben mehr zu verlieren als vorher, aber gewonnen ist das Spiel noch nicht; je fester wir im Inneren zusammenhalten, desto sicherer sind wir, es zu gewinnen.“<sup>30</sup> Der Verfassungskonflikt wurde durch einen Kompromiß zwischen monarchischem Staat und bürgerlicher Gesellschaft gelöst; erst der über ‚Indemnität‘ gefundene Ausgleich war das Startzeichen für den von Göring so bewunderten „machtvollen Aufstieg des Reiches“.

---

#### IV. Kontinuitätssuggestion und NS-Herrschaft

---

Es braucht nicht besonders betont zu werden, wie willkürlich der Nationalsozialismus Kontinuitäten für seine Zwecke konstruierte und kombinierte. Interessant für die Kontinuitätsfrage sind diejenigen Personen, die an Görings Todesfeier des Parlamentarismus teilnahmen. Wissenschaftler und Künstler, hohe Beamte, Militärs und Kirchenmänner beeideten ihren Einsatz für das zentrale Ziel des Nationalsozialismus: der Demokratie in

Deutschland den Todesstoß zu versetzen. Wähten sie sich bei ihrem Mitläufertum im Handlungsraum der Geschichte? Glaubten sie wirklich, in Hitler Bismarck den Zweiten vor sich zu haben? Um das Psychogramm dieser Führungsschichten zu erschließen, genügt es nicht, auf ihre Affinität zum Kaiserreich zu verweisen. Es war vielmehr ein tief sitzendes Unbehagen am geschichtlichen Weg des Deutschen Kaiserreichs, das die alten Eliten zu Claqueuren Hitlers machte. Diese Geisteshaltung, die in der Demokratie westlicher Prägung den Feind, das zersetzende Grundübel deutscher Kultur ausmachte, hat keiner schärfer, aber auch keiner suggestiver zu formulieren verstanden als der im Herbst 1933 zum preußischen Staatsrat berufene Rechtslehrer Carl Schmitt. Er sprach für das „gebildete Deutschland“, das – in Görings Staatsrat neben Himmler und Heydrich sitzend – mit dazu beitrug, die deutsche Geschichte an den Abgrund geraten zu lassen.

Eine Schlüsselschrift für den perzipierten Zusammenhang zwischen Kaiserreich und NS-Reich, zwischen Bismarck und Hitler ist die im Sommer 1934 erschienene Abhandlung Carl Schmitts über „Staatsgefüge und Zusammenbruch des zweiten Reiches. Der Sieg des Bürgers über den Soldaten“<sup>31</sup>. Schmitt war der Konstrukteur jener Kontinuitäten, mit denen der Nationalsozialismus das gebildete Bürgertum nach dem Scheitern der Weimarer Republik beeindrucken und für sich gewinnen konnte. Er war der historische Sprachlehrer der Nazis.

Carl Schmitt hat viel Ziselierarbeit am eigenen Werk geleistet. In ein Exemplar seiner Schrift von 1934, das sich in seinem Nachlaß befindet, schrieb er neben den Untertitel (Der Sieg des Bürgers über den Soldaten) die erläuternde Wendung „der Sieg der Ware über die Waffe – oder Bismarcks Erbe in der Reichsverfassung“<sup>32</sup>. Sieht die kritische Kontinuitätshistorie zusammen mit Nipperdey in der Verfassungsrückständigkeit des von Bismarck geschaffenen Reichs den maßgebenden Erklärungsgrund für die Schwäche des deutschen Demokratiedenkens, die der Nationalsozialismus für sich ausnutzte, so erklärte Schmitt den Zusammenbruch des Kaiserreichs aus dessen Verfassungsfortschritt. Der Nationalsozialismus, so könnte man seine These zusammenfassen, sei nicht Konsequenz sondern Revision der deutschen Geschichte.

31 Carl Schmitt, Staatsgefüge und Zusammenbruch des zweiten Reiches. Der Sieg des Bürgers über den Soldaten, Hamburg 1934.

32 Nachlaß Carl Schmitt, in: Nordrhein-Westfälisches Hauptstaatsarchiv Düsseldorf, RW 265 – Karton 460.

30 Ebd., S. 77–80 (Rede vom 1. September 1866).

Schmitt entwarf ein von den Nationalsozialisten übernommenes Deutungsmuster von Kontinuität, in dem sich die alten Eliten wiederfinden konnten. Die vorgegaukelte Kontinuität bewahrte sie davor, den Nationalsozialismus als Bruch der Geschichte zu empfinden. Sie sahen in ihm ein Regime, das da anknüpfte, wo die „Waffe“ noch etwas galt.

Carl Schmitts ‚Staatsgefüge‘ ist am Ende des Machtergreifungsjahres konzipiert worden. Den Grundriß seiner Überlegungen trug er am 24. Januar 1934 in der Berliner Universität anläßlich des Geburtstages Friedrich des Großen (24. Januar 1712) vor. Der Titel dieses Vortrags lautete „Heerwesen und staatliche Gesamtstruktur“<sup>33</sup>. Im März publizierte er den Aufsatz „Die Logik der geistigen Unterwerfung“, eine Vorstudie zu seiner Abhandlung über das Kaiserreich<sup>34</sup>. Auch Schmitt sieht in Übereinstimmung mit den zitierten Festreden der führenden Nationalsozialisten im preußischen Verfassungskonflikt der Jahre 1862–1866 „das Zentralereignis der innerdeutschen Geschichte des letzten Jahrhunderts“<sup>35</sup>. Mit Bismarcks Bitte um Indemnität und ihrer Gewährung durch die Liberalen im preußischen Abgeordnetenhaus sei eine Entwicklung in Gang gekommen, die sich im Weimarer Staat und seiner demokratischen Verfassung „vollendet“ habe. An diesem Punkt der Geschichte habe der „preußische Soldatenstaat“ seine Identität aufgegeben und die Kraft verloren, sich seiner „innerpolitischen Feinde“ zu erwehren, den Bannerträgern der „Verfassungsideologie der westlichen Liberaldemokratie“ Paroli zu bieten<sup>36</sup>. Weimar gebe eine „posthume Antwort auf die Verfassungsprobleme des preußischen Konflikts von 1862–1866“; es zeige, wer diesen Konflikt für sich entschieden habe. „Die Logik der geistigen Unterwerfung vollendete sich in einer wehr- und widerstandslosen politischen Knechtschaft.“<sup>37</sup>

Das Wort ‚Bürger‘, ergänzt durch ‚Ware‘, ist für Carl Schmitt eine Chiffre für den Abstieg der deutschen Nation; das Wort ‚Soldat‘ soll an verschüttete historische Alternativen erinnern. Indem Schmitt Hitler als „politischen Soldaten“ feiert, gliedert er ihn, gleichsam als deren Revisor, in die Kontinuität der deutschen Geschichte ein. Die Argumente Schmitts wurden von denen verstanden, die für Hitler wichtig waren. „Am 30. Januar

1933“, so Schmitt am Ende seiner Kaiserreich-Abhandlung, „hat dann der Generalfeldmarschall des deutschen Weltkriegsheeres einen deutschen Soldaten, aber eben einen *politischen* Soldaten, Adolf Hitler, zum deutschen Reichskanzler ernannt... Dadurch, daß einem solchen Führer die ganze staatliche Macht des deutschen Reiches in die Hand gegeben wurde, war demnach der erste Schritt auf einen neuen Verfassungsboden getan. Jetzt öffnete sich ein Weg, um klare innerpolitische Entscheidungen zu treffen, das deutsche Volk von der hundertjährigen Verwirrung des bürgerlichen Konstitutionalismus zu befreien und, statt normativer Verfassungsfassaden, das revolutionäre Werk einer deutschen Staatsordnung in Angriff zu nehmen.“<sup>38</sup>

Person und Werk Carl Schmitts sind für die Kontinuitätsfrage, die Frage nach den Verbindungslinien zwischen Bismarck und Hitler, zwischen zweitem und „Drittem Reich“ von einem signifikanten Verweischarakter. Über Schmitt als historische Figur läßt sich die schon oft gestellte Kontinuitätsfrage weiter fassen. Es gab nicht nur eine Kontinuität der Strukturen, sondern auch eine des historischen Bewußtseins. Auf dieser Ebene waren die Weichen für einen „Irrweg“ der deutschen Geschichte schon früh gestellt<sup>39</sup>.

Nach der Niederlage seines „politischen Soldaten“ hat auch Carl Schmitt dies registriert. Im Mai 1948 hielt er in seinem Tagebuch fest: „Was ist seit 1918 in Deutschland geschehen? Aus dem Dunkel des sozialen und moralischen und intellektuellen Nichts... stieg ein bisher völlig leeres, unbekanntes Individuum auf und sog sich voll mit den Worten und Affekten des damaligen gebildeten Deutschland. (Begriffe wie Tat, Wille, Macht, Rasse und Genie)... Es machte Ernst mit tierischem Ernst. Womit machte es Ernst? Mit den Affekten und Formeln, die sich ihm boten. Umgekehrt waren diese bisher ziemlich rein gedachten Affekte und Formeln überrascht und glücklich, ernst genommen zu werden.“<sup>40</sup> Präziser kann der Mechanismus, der zur Katastrophe in Deutschland führte, kaum beschrieben werden – von einem ihrer geistigen Vorbereiter und Begleiter.

38 C. Schmitt (Anm. 31), S. 49.

39 Vgl. Friedrich Meinecke, Irrwege in unserer Geschichte?, in: ders., Vom geschichtlichen Sinn und Sinn der Geschichte, Stuttgart 1951<sup>5</sup>, S. 123–132.

40 Carl Schmitt, Glossarium. Aufzeichnungen der Jahre 1947–1951, Berlin 1991, S. 149 (15. Mai 1948); zum verhängnisvollen Anteil der „Tradition des deutschen Bildungsbürgertums“ an den Erfolgen Hitlers und seiner Bewegung vgl. Hans Mommsen, Die deutschen Eliten und der Mythos des nationalen Aufbruchs von 1933, in: Merkur, 38 (1984), S. 97–102.

33 Carl Schmitt, Heerwesen und staatliche Gesamtstruktur, in: Hauptstaatsarchiv Düsseldorf (Anm. 32).

34 Vgl. ders., Die Logik der geistigen Unterwerfung, in: Deutsches Volkstum, 1. Märzheft (1934), S. 177–182.

35 Ders. (Anm. 31), S. 10.

36 Ders. (Anm. 34), S. 179.

37 Ebd., S. 181 f.

# Überwindung des „deutschen Sonderweges“?

Zur politischen Kultur der Deutschen seit dem Zweiten Weltkrieg

## I. Einleitung

Gegenwärtig – in der Übergangsphase von der „Bonner“ zur „Berliner Republik“ – stellt sich die Frage nach der Entwicklung der politischen Kultur in Deutschland seit 1945 und nach ihren Zukunftsperspektiven. Treten wir jetzt in eine neue Phase der politisch-kulturellen Entwicklungen ein?

Der hier verwandte Begriff „politische Kultur“ zielt auf die Gesamtheit der vorherrschenden verfestigten Meinungen, Einstellungen, Werte und Verhaltensmuster. Angehörige einer politischen Kultur – so hat Karl Rohe formuliert – „zeichnen sich dadurch aus, daß sie, ohne groß darüber nachzudenken, annähernd gleiche Voraussetzungen darüber besitzen, wozu die Politik eigentlich dient, was für Ziele man vorrangig verfolgt, wie man sich politisch verhalten sollte“. Zur politischen Kultur gehört auch der „Besitz gemeinsamer Vorurteile, stillschweigende Übereinkunft darüber, was man auf den Tod nicht ausstehen kann und was man in der Politik zutiefst verabscheut“<sup>1</sup>. Politische Kultur meint die subjektive Dimension des Politischen in ihren verfestigten Strukturen. Die Attraktivität des Begriffs liegt nicht zuletzt darin, daß er den subjektiven Faktor der Politik zugleich betont und entindividualisiert<sup>2</sup>. Freilich kann die subjektive Dimension des Politischen nicht von den objektiven Strukturen und Prozessen völlig abgelöst werden. Politische Kultur bildet – so hat Peter Reichel

formuliert – „das psychisch-soziale Korrelat politischer Institutionen“<sup>3</sup>.

Die Frage nach der politischen Kultur schließt Fragen nach bewußten Grundorientierungen und Selbstdeutungen mit ein – etwa im Hinblick auf den Prozeß der Modernisierung und das Verhältnis zu den politischen Kulturen wichtiger anderer Länder –, impliziert also das, was man als Selbstverständnis oder auch als kollektive Identität bezeichnet hat. Es wäre allerdings abwegig, sich die politische Kultur von Nationen oder der Menschen eines Staates homogen vorzustellen. Und doch gibt es mentale Prägungen und vorherrschende Ideen, wobei de facto den Eliten besondere Bedeutung zukommt.

Im Hinblick auf die Entwicklung der politischen Kultur der Deutschen seit 1945 möchte ich folgenden Fragen nachgehen:

1. Inwieweit wurden Momente, die man als deutsche Besonderheiten, als politisch-kulturelle Spezifika des deutschen Weges auffaßt, in der Nachkriegsperiode von den Deutschen in der SBZ/DDR und in den Westzonen bzw. der Bundesrepublik überwunden, und was trat an ihre Stelle?
2. In welcher Hinsicht kam es zu einer „Verwestlichung“ bzw. „Amerikanisierung“? Diese Frage schließt diejenige ein, inwieweit „Verwestlichung“ und „Amerikanisierung“ mit dem Begriff der Demokratisierung gleichgesetzt werden können.
3. Entsprach der „Verwestlichung“ eine „Verostung“ oder „Sowjetisierung“? Auch hier wäre zu klären, in welcher Hinsicht eine Sowjetisierung stattgefunden hat und inwieweit davon heute noch etwas nachwirkt<sup>4</sup>.

*Ergänzte und aktualisierte Fassung eines Vortrages vor der Enquete-Kommission des Deutschen Bundestages „Überwindung der Folgen der SED-Diktatur im Prozeß der deutschen Einheit“.*

1 Karl Rohe, Politische Traditionen im Rheinland, in Westfalen und Lippe. Zur politischen Kultur Nordrhein-Westfalens, in: Nordrhein-Westfalen. Eine politische Landeskunde, Köln 1984, S. 14f.

2 Zum Begriff „politische Kultur“ vgl. auch Wolf Michael Iwand, Paradigma politischer Kultur. Konzepte, Methoden, Ergebnisse der Political-Culture-Forschung in der Bundesrepublik. Ein Forschungsbericht, Opladen 1985; Dirk Berg-Schlosser/Jacob Schüssler (Hrsg.), Politische Kultur in Deutschland. Bilanz und Perspektiven der Forschung, Opladen 1987.

3 Peter Reichel, Politische Kultur in der Bundesrepublik, in: Kurt Sontheimer/Hans Röhring (Hrsg.), Handbuch des politischen Systems der Bundesrepublik Deutschland, München 1977, S. 502–512, hier S. 503.

4 Vgl. dazu Konrad Jarausch/Hannes Siegrist (Hrsg.), Amerikanisierung und Sowjetisierung in Deutschland 1945–1970, Frankfurt a. M. 1997.

4. Findet gegenwärtig eine politisch-kulturelle „Verwestlichung“ der früheren DDR statt? Wird die „Berliner Republik“ in dieser Hinsicht eine vergrößerte Bundesrepublik sein, oder wird sie wieder eher eine Synthese des Ostens und des Westens versuchen und damit sich stärker älteren deutschen Orientierungsmustern annähern?

Ich gehe wie folgt vor: Eingangs sind Charakteristika des „deutschen Weges“ zu nennen, in einem zweiten Schritt ist die politisch-kulturelle Entwicklung im Westen Deutschlands zu beleuchten, danach ist die politisch-kulturelle Entwicklung in der SBZ/DDR zu charakterisieren, die Entwicklung des Westens und des Ostens sind zu vergleichen, schließlich ist die gegenwärtige Situation zu erörtern.

## II. Zur politischen Kultur des 19. und 20. Jahrhunderts

Fragt man nach den Spezifika der älteren deutschen politischen Kultur – also des 19. und des 20. Jahrhunderts bis in die Zwischenweltkriegszeit hinein –, so wird man bestimmte realgeschichtliche Besonderheiten wie das Nebeneinander von Reichstradition und Staatsbildung auf der Ebene der Territorien, das Ausbleiben einer erfolgreichen traditionsbildenden Revolution, die späte Nationalstaatsbildung, ihren Zusammenfall mit dem Übergang zum Verfassungsstaat sowie mit der Industrialisierung und der Herausbildung der sozialen Frage als historischen Hintergrund mit zu sehen haben<sup>5</sup>.

5 Die Literatur über den deutschen Weg in der Neuzeit kann hier nicht aufgeführt werden. Zur Diskussion über den „deutschen Sonderweg“ vgl. Bernd Faulenbach, „Deutscher Sonderweg“. Zur Geschichte und Problematik einer zentralen Kategorie des deutschen geschichtlichen Bewußtseins, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte*, B 33/81, S. 3–21; ders., *Deutsche Geschichte im 19. Jahrhundert*. Zu neueren Gesamtdarstellungen und Interpretationen, in: *Archiv für Sozialgeschichte*, 27 (1987), S. 499–528. Mit der Frage, inwieweit die deutsche Entwicklung des 19. Jahrhunderts als „Sonderweg“ zu betrachten sei, setzen sich eingehend Hans-Ulrich Wehler und Thomas Nipperdey in ihren Darstellungen deutscher Geschichte auseinander: Thomas Nipperdey, *Deutsche Geschichte 1800–1866. Bürgerwelt und starker Staat*, München 1983; ders., *Deutsche Geschichte 1866–1918*, 2 Bde., München 1992; Hans-Ulrich Wehler, *Deutsche Gesellschaftsgeschichte*, bisher 3 Bde., München 1987–1995. Vgl. dazu Bernd Faulenbach, *Die Reichsgründungsepoche als formative Phase des deutschen „Sonderweges“? Zu Hans-Ulrich Wehlers Gesellschaftsgeschichte*, in: *Archiv für Sozialgeschichte*, 28 (1998), S. 368–384. Siehe auch Jürgen Kocka, *Nach dem Ende des Sonderwegs*, in: Arnd Bauerkämper/Martin Sabrow/Bernd

Ein wesentlicher Zug ist dabei in den Schwierigkeiten zu sehen, eine Bürgergesellschaft, eine Zivilgesellschaft, herauszubilden:

- Der Obrigkeitsstaat, der preußisch-deutsche Staat spielte eine besondere Rolle; dieser teilweise sehr moderne „Anstaltsstaat“ entließ keine Gesellschaft aus sich, die sich, wie in Westeuropa, den Staat unterwarf.
- In diesem Staat hatte das Militärische zeitweilig eine besondere Rolle und drängte nicht nur politische Erwägungen in der Außenpolitik teilweise gegenüber militärstrategischen in den Hintergrund, sondern führte hin zur Übernahme militärischer Leitvorstellungen in das gesellschaftliche Leben (der viel diskutierte „Militarismus“).
- Die Segmentierung der Gesellschaft durch verschiedene sozialmoralische Milieus, ferner ein sehr prinzipienhafter, teilweise sehr „ideologischer“ Grundzug der politischen Auseinandersetzung erschwerten die Herausbildung einer demokratischen oder auch nur liberalen politischen Kultur, zu deren Wesen der Kompromiß gehört.
- Der Schwäche einer liberalen Grundierung der politischen Kultur entsprach die Stärke illiberaler Traditionen.
- Die deutsche Kultur, die sich seit der Reformation herausbildete, war eine Kultur der Innerlichkeit, die recht eigentlich unpolitisch war, jedenfalls die Herausbildung einer Gesellschaftskultur mit entsprechenden Mechanismen und Traditionen der Konfliktregelung nicht gefördert hat.

Einige Züge der politischen Kultur wird man eher positiv sehen; dazu zählt etwa die Tradition der Sozialstaatlichkeit, die man geglaubt hat bis auf den aufgeklärten Absolutismus zurückführen zu können. Die föderalistische Tradition gehört zwar mit in die deutsche politisch-kulturelle Tradition hinein, war jedoch im 19. und 20. Jahrhundert keineswegs unbestritten, sie stand vielmehr unitarischen und zentralistischen Tendenzen gegenüber.

Auf der Ebene der Deutungskultur, des deutschen Selbstverständnisses bzw. desjenigen seiner Eliten spielte der Gegensatz Deutschlands zum Westen eine besondere Rolle. Es ist hier die „Ideologie des deutschen Weges“ nicht nachzuzeichnen, es seien dazu aber doch einige Anmerkungen gemacht:

Stöver (Hrsg.), *Doppelte Zeitgeschichte. Deutsch-Deutsche Beziehungen 1945–1990*. Christoph Kleßmann zum 60. Geburtstag, Bonn 1998, S. 364–375. Wir verwenden das Konzept des „Sonderweges“ als heuristisches Mittel.

- In den sogenannten „Ideen von 1914“ wurde das zusammengefaßt, was die Deutschen den „Ideen von 1789“ bzw. den Ideen des Westens entgegenzusetzen hatten. Diese „Ideen von 1914“ – unter denen Staatssozialismus wie Bildungsindividualismus, auch ein preußisch-protestantisches Pflicht-Ethos aufgeführt wurden – überhöhten ideologisch den „deutschen Weg“ der politischen und kulturellen Entwicklung<sup>6</sup>.
- Mit der Weimarer Republik schien sich die deutsche Entwicklung der des Westens anzunähern. Doch schon bald nach ihrer Entstehung wurde die Republik von rechts und teilweise auch von ganz links als „Import aus dem Westen“ attackiert, der dem welthistorischen Moment nicht angemessen sei<sup>7</sup>. Die Republik galt der Rechten als Abirrung von der deutschen Entwicklung, der extremen Linken als Ausdruck bürgerlich-imperialistischer Interessen.
- Goebbels rief 1933 emphatisch aus, daß durch die „nationale Revolution“ das Jahr 1789 zumindest aus der deutschen Geschichte getilgt sei<sup>8</sup>. Das NS-System stellte sich damit nicht nur in diametralen Gegensatz zum Bolschewismus, sondern auch zum „westlichen“, zum englischen, französischen und amerikanischen politischen System. Durch Berufung auf die Kategorien „Volk“ und „Rasse“ wurden im übrigen die bisherigen Gegensätze teils zusätzlich fundiert, teils transzendiert.

Insgesamt verbargen sich hinter der Vorstellung einer besonderen deutschen Entwicklung vielfach nationalistisch überhöhte antidemokratische Ideen, die sich im Dritten Reich verstärkt mit völkischen und rassistischen Vorstellungen mischten. Daß der extrem übersteigerte „deutsche Weg“ den Westen und den Osten zu einem Bündnis gegen Deutschland zwang, ließ ihn in der völligen Katastrophe enden.

6 Vgl. Hermann Lübke, Politische Philosophie in Deutschland. Studien zu ihrer Geschichte, Basel u. a. 1963, S. 173 ff.; Wolfgang J. Mommsen, Nation und Geschichte. Über die Deutschen und die deutsche Frage, München u. a. 1990, S. 87–105.

7 Vgl. Theodor Eschenburg, Die improvisierte Demokratie. Gesammelte Aufsätze zur Weimarer Republik, München 1964; Kurt Sontheimer, Antidemokratisches Denken in der Weimarer Republik. Die politischen Ideen des deutschen Nationalismus zwischen 1918 und 1933, München 1964<sup>2</sup>; Bernd Faulenbach, Ideologie des deutschen Weges. Die deutsche Geschichte in der Historiographie zwischen Kaiserreich und Nationalsozialismus, München 1980.

8 Vgl. Rundfunkrede zum Judenboykott am 1. April 1933, in: Joseph Goebbels, Revolution der Deutschen, Oldenburg 1933, S. 155.

### III. Zum Umbruch 1945

Zweifellos stellt das Jahr 1945 einen tiefen Einschnitt dar. Gleichwohl gab es keine „Stunde Null“, und keineswegs begann sogleich in jeder Hinsicht eine völlig neue politische Kultur, vielmehr wirkte das Vorhergehende – trotz der weitgehenden Diskreditierung des Nationalsozialismus – in vielfältiger Weise nach. Allerdings war der besondere deutsche Weg definitiv zu Ende; die Deutschen büßten ihre politische Souveränität ein und wurden bald teils in die westliche, von den USA dominierte Welt, teils in den sowjetischen Herrschaftsbereich integriert.

Von nicht unerheblicher und auch die weitere Entwicklung beeinflussender Bedeutung war das verschiedenartige Kriegsende im Westen und Osten, das der unterschiedlichen deutschen Kriegsführung in West- und in Osteuropa, wo ein Vernichtungs- und Eroberungskrieg geführt worden war, entsprach. Deutsche Soldaten versuchten vielfach die amerikanischen Linien zu erreichen, sich von den Amerikanern, nicht von den Russen gefangen nehmen zu lassen. Doch obwohl es auch den Amerikanern zunächst um Unterwerfung, nicht um Befreiung des deutschen Volkes ging und es auch zu gelegentlichen Übergriffen amerikanischer Soldaten kam, erwiesen sie sich doch alles in allem – wie Klaus-Dietmar Henke in seinem Buch über die amerikanische Besatzungspolitik zeigt – 1944/45 als der „freundliche Feind“<sup>9</sup>. Davon hob sich die Erfahrung mit der sowjetischen Eroberung und Besatzung ab. Große Teile der deutschen Bevölkerung sahen aufgrund der Plünderungen und Vergewaltigungen durch sowjetische Soldaten ihre antikomunistischen und antislawischen Vorurteile bestätigt<sup>10</sup>. Zusammen mit den Reparationen und Demontagen haben sie das deutsch-sowjetische Verhältnis nachhaltig belastet.

Diese Prägungen – so haben jüngst Konrad Jarausch und Hannes Siegrist behauptet – beeinflussten „das ganze darauffolgende Interaktionsgeflecht in solcher Weise, daß der Westen und Amerika eher positiv, der Osten und die Sowjetunion in vielem negativ oder skeptisch beurteilt wurden“<sup>11</sup>. Wir haben es hier mit einem affektiven Grundmu-

9 Vgl. Klaus-Dietmar Henke, Die amerikanische Besetzung Deutschlands, München 1995.

10 Vgl. Norman M. Naimark, Die Russen in Deutschland. Die sowjetische Besatzungszone 1945 bis 1949, Berlin 1997, S. 91 ff.

11 Konrad H. Jarausch/Hannes Siegrist, Amerikanisierung und Sowjetisierung. Eine vergleichende Fragestellung zur

ster der Nachkriegszeit zu tun. Das Verhältnis der Deutschen zu den Amerikanern (und den Westeuropäern) auf der einen Seite und zu den Sowjetrussen auf der anderen Seite war niemals symmetrisch; umgekehrt verhielten sich auch die Amerikaner und die westeuropäischen Nationen anders als die Sowjetrussen, die bis zum Ende der DDR die Rolle einer Besatzungsmacht nie ganz abstreiften.

#### IV. Die Entwicklung im Westen

Die Bundesrepublik Deutschland, die zunächst als Provisorium galt, verkörperte mit dem parlamentarischen System, dem Mehrparteiensystem, der Gewaltenteilung, den Grundrechten etc. erneut den westlichen Verfassungstypus. In der Verarbeitung der Erfahrungen der Weimarer Republik, deren Scheitern vor allem dem Fehlen von Schranken für das Massenhandeln angelastet wurde, lehnte sich das Grundgesetz stärker als die Weimarer Reichsverfassung an das parlamentarisch-repräsentative Modell Englands an<sup>12</sup>. Bei der Ausarbeitung der Verfassung spielten die Verfassungstraditionen des Westens und Deutschlands, die ohnehin nicht scharf zu trennen waren, gleichermaßen als Anregungspotential eine positive Rolle, während die NS-Zeit und auch die kommunistischen Systeme als negative Folie fungierten. Symbolisch nahm die Bundesrepublik die „schwarzrot-goldenen“ liberal-demokratischen Traditionen des 19. Jahrhunderts wieder auf, zu denen freilich die dezidierte Wiederaufnahme der föderalistischen Tradition in einer gewissen Spannung stand.

Ungeachtet mancher problematischer Kontinuitäten zur Endphase von Weimar – bestimmte Denktraditionen wurden wieder aufgegriffen, und das Bundestagswahlergebnis 1949 ließ nicht zufällig noch einige Übereinstimmungen zu Weimar erkennen<sup>13</sup> –, bewies das politische System der Bundesrepublik vor dem Hintergrund des wirtschaftlichen Wiederaufstiegs und der Herausbildung sozialstaatlicher Fundamente eine erstaun-

liche politische Stabilität und Handlungsfähigkeit. Es ermöglichte damit zunehmend nicht nur eine Gewöhnung an demokratische Institutionen, sondern auch deren Akzeptanz. Der Vorwurf, die Bundesrepublik sei eine Gründung des Westens, gleichsam ein Import, verlor an Resonanz; sie galt nicht als fremdes Implantat, zumal man sich mit einigem Recht auf die demokratisch-parlamentarischen Traditionen der deutschen Geschichte berufen konnte. Die Bundesrepublik reüssierte jedoch vor allem als wirtschaftliches Erfolgsunternehmen. Schon Mitte der fünfziger Jahre konstatierte der Schweizer Publizist Fritz René Allemann: „Bonn ist nicht Weimar.“<sup>14</sup>

Die politisch-kulturelle Westorientierung wurde von den maßgeblichen politischen Kräften getragen. Wie in der Weimarer Republik bejahte die Sozialdemokratie die westliche Verfassung und ihre Grundlagen. Allerdings strebte sie in den vierziger und fünfziger Jahren eine weitergehende gesellschaftliche Umgestaltung an, die auf den Widerspruch der USA stieß – was Vorbehalte Kurt Schumachers und anderer Sozialdemokraten gegen die USA förderte. Angesichts der Teilung des Landes artikulierten die Sozialdemokraten Kritik an einer bedingungslosen Integration der Bundesrepublik in den Westen, zumal im westeuropäischen Kontext das konservativ-kapitalistische Moment dominant war. Dies änderte aber nichts an der prinzipiellen Westorientierung.

Das Bürgertum machte – anders als in Weimar – seinen Frieden mit der westlichen Demokratie. Konrad Adenauer betonte in seiner Regierungserklärung vom 20. September 1949, „daß wir nach unserer Herkunft und nach unserer Gesinnung zur westeuropäischen Welt gehören“<sup>15</sup>. Die bikonfessionelle bürgerliche Sammlungspartei CDU/CSU bejahte – trotz einer deutschnationalen Unterströmung – nicht nur rückhaltlos die westliche Demokratie der Bundesrepublik, sondern sie wurde auch zur wichtigsten Verfechterin einer Bündnis- und Integrationspolitik mit dem Westen, der sich 1960 – mit der berühmten Bundestagsrede Herbert Wehners – endgültig auch die SPD anschloß. Diese Bündnispolitik entsprach dem Sicherheitsbedürfnis großer Teile der westdeutschen Gesellschaft, in dem man eine Verarbeitung der Erfahrungen mit den vorhergehenden Katastrophen sehen mag.

Allerdings war in den fünfziger Jahren die Bundesrepublik doch noch recht weit von einer demokra-

14 Fritz René Allemann, *Bonn ist nicht Weimar*, Köln 1956.

15 Konrad Adenauer, *Reden 1917–1967*, hrsg. von Hans-Peter Schwarz, Stuttgart 1975, S. 153 ff.

deutsch-deutschen Nachkriegsgeschichte, in: dies. (Anm. 4), S. 11–46, hier S. 44.

12 Vgl. Karl-Heinz Niklauß, *Demokratiegründung in Westdeutschland. Die Entstehung der Bundesrepublik von 1945–1949*, München 1974.

13 Vgl. Hans Mommsen, *Der lange Schatten der untergehenden Republik. Zur Kontinuität politischer Denkhaltungen von der späten Weimarer zur frühen Bundesrepublik*, in: Karl Dietrich Bracher/Manfred Funke/Hans-Adolf Jacobsen (Hrsg.), *Die Weimarer Republik. Politik – Wirtschaft – Gesellschaft*, Bonn 1987, S. 552–586.

tischen Bürgergesellschaft entfernt. Es herrschte vielfach noch ein autoritärer Geist mit der Orientierung breiterer Bevölkerungsschichten „nach oben“, die auch teilweise die Binnenstrukturen von Parteien und Verbänden prägte. Hans Karl Rupp sieht mit einigem Recht die politische Kultur der fünfziger Jahre bestimmt „durch Rückbesinnung auf traditionelle Werte, durch Konformität in Fragen politischen Verhaltens, durch eine Sehnsucht nach vormodernen Zusammenhängen und zugleich durch einen starken Bedarf an privatem Glück“<sup>16</sup>.

Die antiwestlichen, antidemokratischen Strömungen hatten sich in den fünfziger Jahren gegenüber denjenigen der Weimarer Republik und der NS-Zeit abgeschwächt, artikulierten sich jedoch nach wie vor, zumal im Kontext einer verbreiteten Kulturkritik, die sich vor allem – wie jüngst Michael Ermarth gezeigt hat – gegen den Amerikanismus als „gefährliches Übermaß oder Metastase der zivilisatorischen Moderne“ wandte und diesem gegenüber die deutsche Kultur mit ihrer „geistig-transzendierenden Gabe der tieferschürfenden und übergreifenden Metaperspektiven“ verteidigte<sup>17</sup>. In dieser Kulturkritik wurde die ‚totalitäre‘ Qualität der neuen Zivilisation betont – und teilweise dicht an den Bolschewismus herangerückt. Gleichsetzungen wie „Amerikanisierung gleich Bolschewisierung gleich Übertechnisierung gleich allgemeine Weltzivilisation“ waren populär, wobei diese Zivilisation in der Konsequenz den Tod der Kultur, der Geschichte, der Menschheit, des Geistes, ja der Natur selbst bedeutete<sup>18</sup>. Zwar war diese Kulturkritik nicht unmittelbar antidemokratisch, stand aber in deutschen Traditionen mit antiwestlicher und antimoderner Stoßrichtung.

Ungeachtet dessen gewann eine westlich-pragmatische Denkweise an Boden: Die Pluralität von Interessen und Positionen wurde zunehmend akzeptiert. Die traditionellen sozialmoralischen Milieus verloren weiter an Bedeutung. Umgekehrt trug der Föderalismus zu neuen politischen Differenzierungen bei. Ungemein intensivierte sich die Kommunikation mit dem westlichen Ausland; vielfältiger wissenschaftlicher und kultureller Austausch begann.

16 Hans Karl Rupp, „Wo es aufwärts geht, aber nicht vorwärts ...“ Politische Kultur, Staatsapparat, Opposition, in: Dieter Bänsch (Hrsg.), *Die fünfziger Jahre. Beiträge zu Politik und Kultur*, Tübingen 1985, S. 27–36, hier S. 31.

17 Michael Ermarth, ‚Amerikanisierung‘ und deutsche Kulturkritik 1945–1965. Metastasen der Moderne und hermeneutische Hybris, in: K. Jarausch/H. Siegrist (Hrsg.) (Anm. 4), S. 315–334, S. 319.

18 Ebd., S. 326.

Für wichtige Teile der jungen Generation war die amerikanische Massenkultur ausgesprochen attraktiv: ‚Rock-n-Roll‘ und Hollywood-Filme (etwa die mit James Dean) bestimmten nicht nur das Amerika-Bild mit, sondern trugen auch bei zur Herausbildung von Ansätzen einer Jugendkultur, die sich von „deutschen“ Phänomenen wie der Jugendbewegung deutlich unterschieden. Sozio-kulturelle Prozesse, die sich überwiegend unter dem Begriff „Modernisierung“ subsumieren lassen, verstärkten die neue Westorientierung<sup>19</sup>.

In den sechziger und frühen siebziger Jahren veränderte sich die westdeutsche politische Kultur in verschiedenen Hinsichten:

1. Bestimmte Ereignisse und Ereignisreihen, verbunden mit dem generationellen Wandel und dem Vordringen neuer Wertorientierungen, veränderten das politische Verhalten, wofür nicht nur Verschiebungen parteipolitischer Präferenzen, sondern auch die Spiegel-Affaire, die Auseinandersetzung um die Notstandsgesetze und die Studentenbewegung aufschlußreich sind. Generell wuchs die Bereitschaft zur politischen Partizipation. Die Forderung nach „Demokratisierung“ wurde zunehmend erhoben; Willy Brandt erklärte dann 1969 in seiner Regierungserklärung, daß man „mehr Demokratie“ wagen wolle. Die zivile Bürgergesellschaft begann sich zu festigen, während das parlamentarische System sich bei Regierungswechseln 1966 und 1969 bewährte. Man kann geradezu von einer zweiten Gründungsphase der Republik sprechen.
2. Die Aufarbeitung der NS-Vergangenheit wurde zunehmend zum Thema öffentlicher Debatten. Der Eichmann-Prozeß, die großen NS-Prozesse in Deutschland, die Verjährungsdebatten des Bundestages, Literatur wie Rolf Hochhuths „Stellvertreter“ und Peter Weiss' „Ermittlung“ u. a. hoben die NS-Vergangenheit, die Verstrickung weiter Teile der deutschen Gesellschaft in das NS-System und seine verbrecherische Politik ins politische Bewußtsein<sup>20</sup>. Der „deutsche

19 Vgl. Axel Schildt/Arnold Sywotteck (Hrsg.), *Modernisierung im Wiederaufbau. Die westdeutsche Gesellschaft der 50er Jahre*, Bonn 1993; Anselm Doering-Manteuffel, Dimensionen von Amerikanisierung in der deutschen Gesellschaft, in: *Archiv für Sozialgeschichte*, 35 (1995), S. 1–34.

20 Vgl. Peter Steinbach, *Nationalsozialistische Gewaltverbrechen. Die Diskussion in der deutschen Öffentlichkeit nach 1945*, Berlin 1981; Bernd Faulenbach, *NS-Interpretationen und Zeitklima. Zum Wandel in der Aufarbeitung der jüngsten Vergangenheit*, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte*, B 22/87, S. 19–30.

Sonderweg“ wurde in Wissenschaft und Publizistik nun vielfach kritisch beleuchtet<sup>21</sup>.

3. Auf der einen Seite schwächte sich die traditionelle Kritik am Westen ab, auf der anderen Seite aber wuchs im Zeichen des Vietnam-Krieges und der Studentenbewegung die Kritik an den USA und ihrer als „imperialistisch“ attackierten Politik – eine Kritik, bei der zu fragen ist, ob sie keinerlei Beziehungen zum älteren antiwestlichen Denken hatte<sup>22</sup>. Zugleich nahm das Interesse am Marxismus zu; selbst der Marxismus-Leninismus und damit die östliche Welt fanden in Teilen der engagierten Studentenbewegung, nachdem diese ihren Höhepunkt überschritten hatte, Interesse. Die Westorientierung der deutschen Gesellschaft wurde damit jedoch keineswegs erschüttert; die Bürgergesellschaft wurde vielmehr gefördert<sup>23</sup>.
4. Die Veränderung des Zeitklimas, die Entspannungspolitik und die neue Ostpolitik führten seit den siebziger Jahren in der westdeutschen politischen Kultur zu einer Abschwächung des Ost-West-Gegensatzes und des antikommunistischen Syndroms und ermöglichten eine Intensivierung der Kommunikation mit dem Osten, insbesondere auch mit den Deutschen in der DDR. Die Anerkennung der DDR trug zudem zur Selbstanerkennung der Bundesrepublik bei, die zunehmend nicht mehr als Provisorium betrachtet wurde, was u. a. seinen Niederschlag in Plänen fand, Bonn zur Hauptstadt auszubauen. Man begann sich mit der Zweistaatlichkeit abzufinden.

Nach dem Versanden der großen Reformvorhaben und der neokonservativen Wende Ende der siebziger, Anfang der achtziger Jahre nahm das Vertrauen zum Staate und seiner Gestaltungsfähigkeit ab. Zeitweilig gewannen die neuen sozialen Bewegungen – vor allem die Ökologie-, die Frauen- und

21 Vgl. z. B. Ralf Dahrendorf, *Gesellschaft und Demokratie in Deutschland*, München 1968; Bernd Faulenbach, *Emanzipation von der deutschen Tradition? Geschichtsbewußtsein in den sechziger Jahren*, in: Werner Weidenfeld (Hrsg.), *Politische Kultur und deutsche Frage. Materialien um Staats- und Nationalbewußtsein in der Bundesrepublik Deutschland*, Köln 1989, S. 73–92.

22 Vgl. Dan Diner, *Verkehrte Welten. Antiamerikanismus in Deutschland. Ein historischer Essay*, Frankfurt a. M. 1993, S. 140 ff.

23 Zu den sechziger Jahren siehe auch Hermann Rudolph, *Mehr als Stagnation und Revolte. Zur politischen Kultur der sechziger Jahre*, in: Martin Broszat (Hrsg.), *Zäsuren nach 1945. Essays zur Periodisierung der deutschen Nachkriegsgeschichte*, München 1990, S. 141–151; ders., *Die Herausforderung der Politik. Innenansichten der Bundesrepublik*, Stuttgart 1985.

die Friedensbewegungen – an Gewicht. Lokale und regionale Orientierungen begannen eine größere Rolle zu spielen. Mit dem Aufkommen der Grünen erweiterte sich das Parteiensystem.

Der Osten war für die westdeutsche Gesellschaft endgültig keine Herausforderung mehr; diese Qualität hatte die DDR im Grunde schon in den sechziger Jahren verloren. Auch nach 1982 – d. h. unabhängig von der jeweils regierenden Koalition – wurde in der Pflege gutnachbarlicher Beziehungen zur DDR eine wichtige Aufgabe der Politik jenseits parteipolitischer Auseinandersetzungen gesehen; sie entwickelte sich damit geradezu zu einem Element der politischen Kultur. Dessenungeachtet war die DDR für viele Westdeutsche eine Terra incognita, die viel weiter entfernt lag als die west- und südeuropäischen Länder.

In der Friedensbewegung Ende der siebziger und in den frühen achtziger Jahren gab es zwar eine neutralistische Unterströmung, die bei manchen Beobachtern im In- und Ausland die Befürchtung nährte, in veränderter Form könne der „deutsche Sonderweg“ wieder aufgenommen werden. Im ganzen gesehen war jedoch die Westorientierung der deutschen Gesellschaft und ihre enge Verflechtung mit den Gesellschaften der Europäischen Gemeinschaften selbstverständlich, was in den um den Begriff der „deutschen Identität“ kreisenden Selbstverständnisdiskussionen der achtziger Jahre eine erhebliche Rolle spielte.

Jürgen Habermas betonte im sogenannten „Historikerstreit“ 1986, daß aus seiner Sicht die „vorbehaltlose Öffnung der Bundesrepublik gegenüber der politischen Kultur des Westens als die große intellektuelle Leistung“ der Nachkriegszeit in Westdeutschland anzusehen sei, auf die gerade seine Generation stolz sein könne<sup>24</sup>. Dieser Hinwendung entsprach aus Habermas' Sicht eine Abwendung von deutschen Denktraditionen, was er als Fortschritt betrachtete. Habermas plädierte dafür, das traditionelle Nationalbewußtsein durch einen Verfassungspatriotismus zu ersetzen, der die Identifikation mit dem Grundgesetz und seinen universalistischen ideellen Grundlagen zum Inhalt hatte<sup>25</sup>. Andere – wie Michael Stürmer – wollten

24 Jürgen Habermas, *Eine Art Schadensabwicklung. Die apologetischen Tendenzen in der deutschen Zeitgeschichtsschreibung*, in: *Die Zeit* vom 11. Juli 1986. Wieder abgedruckt in: „Historikerstreit“. Die Dokumentation um die Einzigartigkeit der nationalsozialistischen Judenvernichtung, München – Zürich 1987, S. 62–76, Zitat S. 75.

25 Vgl. ders., *Eine Art Schadensabwicklung. Kleine politische Schriften VI*, Frankfurt a. M. 1987, S. 159 ff.

demgegenüber am Nationalbewußtsein festhalten bzw. es revitalisieren<sup>26</sup>. Verschränkt war diese Debatte mit einer neuerlichen Debatte über die Gegenwartsbedeutung der NS-Vergangenheit.

Resümierend ist festzustellen, daß sich die politische Kultur in der Bundesrepublik in der Nachkriegsepoche in eine Richtung entwickelte, die vielfältige Gemeinsamkeiten mit der politischen Kultur des Westens – die in sich eine Bandbreite verschiedener Ausprägungen aufweist – erkennen läßt. Die Bundesrepublik entwickelte sich mit ihrer Wirtschafts- und Sozialordnung, ihrem Verfassungssystem und den vorherrschenden Wertorientierungen und Verhaltensmustern – wie Jürgen Kocka es formuliert hat – zu einem „relativ normalen und starken Staat westlicher Prägung“<sup>27</sup>. Besonders hervorzuheben ist die schrittweise und von Widersprüchen nicht freie Herausbildung einer demokratischen Gesellschaftskultur – ein Prozeß, für den vor allem diejenigen Veränderungen in den sechziger und siebziger Jahren Bedeutung hatten, die man als Modernisierungsschub bezeichnen mag. Parallel entwickelte sich die enge Verbindung dieser politischen Kultur mit der westeuropäischer Länder und Nordamerikas. Weitgehend überwunden wurde die Ablehnung des Parlamentarismus und des Parteienstaates, auch die Betonung deutscher Innerlichkeit gegenüber westlichem Utilitarismus und Hedonismus; tatsächlich trat in dieser Hinsicht eine „Verwestlichung“ ein. Nur einige Spezifika blieben, etwa die starke Verrechtlichung der Sozialbeziehungen, die auf die deutschen etatistischen Traditionen verweist.

---

## V. Die politische Kultur in der SBZ/DDR

---

Die politisch-mentalenen Einstellungen in der sowjetisch besetzten Zone waren zunächst keine anderen als im Westen. Inwieweit die Situation anfangs partiell offen war, ist in der gegenwärtigen Diskussion streitig. Es stellte sich jedoch bald heraus, daß die Methoden der sowjetischen Besatzungsmacht deutlich von denen der westlichen Besatzungsmächte abwichen, wie immer diese Unterschiede

26 Vgl. Michael Stürmer, *Dissonanzen des Fortschritts. Essays über Geschichte und Politik in Deutschland*, München – Zürich 1986, S. 201 ff.

27 Jürgen Kocka, *Vereinigungskrise. Zur Geschichte der Gegenwart*, Göttingen 1995, S. 120.

auch begründet waren. Die Sowjets mischten sich sehr viel direkter ein, und zwar mit Mitteln, die stalinistischer Praxis entsprachen<sup>28</sup>. Wie die Zwangsvereinigung von KPD und SPD sowie die Deformation der bürgerlichen Parteien zu Blockparteien, die Umformung der SED zur Partei ‚neuen Typus‘ u. a. zeigten, wurden keine demokratischen Strukturen angestrebt<sup>29</sup>.

Herausgebildet wurde unter sowjetischem Einfluß – teilweise durch Übertragung sowjetischer Modelle – die Diktatur einer Partei, die den Hegemonialanspruch einer institutionalisierten Ideologie durchsetzte. Charakterisiert war dieses System durch eine völlige Durchorganisation der Gesellschaft, durch von der Partei kontrollierte Massenbeeinflussungs- und -überwachungsmittel, Massenmobilisierungen usw. Auch wenn diese Diktatur, selbst in der stalinistischen Phase, an Grenzen stieß, so kann doch kein Zweifel daran bestehen, daß sie von ihrem Anspruch her totalitär war. Kennzeichen der durch die SED geprägten „politischen Kultur“ waren eine dichotomische Weltanschauung und der Glaube in die Problemlösungsfähigkeit von Technik, Wissenschaft und Industrie<sup>30</sup>. Das SED-System propagierte einen neuen, nicht mehr am individuellen Eigennutz orientierten sozialistischen Menschentyp. Realiter lief die Erziehung freilich ganz überwiegend auf die Förderung der Bereitschaft zur Anpassung, zur Einordnung und Unterordnung hinaus, womit man an traditionelle mentale Prägungen anknüpfen konnte. Gleichwohl war diese Erziehung für das System keineswegs durchweg erfolgreich.

Das SED-System wollte politisch-gesellschaftlich mit der bisherigen Geschichte brechen, doch wird man de facto bedeutsame Momente der Kontinuität feststellen können. Wenn das System versprach, Vorsorge und Sicherheit, d. h. vor allem soziale Sicherheit für alle, zu gewährleisten, so entsprach es sicherlich traditionellen Erwartungen der deutschen Gesellschaft und setzte – gleichsam in pervertierter Form – die Tradition deutscher

28 Vgl. Bernd Bonwetsch/Gennadij Bordjugov/Norman M. Naimark (Hrsg.), *Sowjetische Politik in der SBZ. Dokumente zur Tätigkeit der Propagandaverwaltung (Informationsverwaltung) unter Sergej Tjulpanov*, Bonn 1998; N. M. Naimark (Anm. 10).

29 Vgl. Bernd Faulenbach/Heinrich Potthoff (Hrsg.), *Sozialdemokraten und Kommunisten nach Nationalsozialismus und Krieg. Zur historischen Einordnung der Zwangsvereinigung*, Essen 1998.

30 Zur Legitimationsproblematik vgl. Sigrid Meuschel, *Legitimation und Parteiherrschaft. Zum Paradox von Stabilität und Revolution in der DDR 1945–1989*, Frankfurt a. M. 1992.

Sozialstaatlichkeit fort; man hat daher von einer „Fürsorgediktatur“ gesprochen<sup>31</sup>.

Konrad Jarausch und Hannes Siegrist haben die Ansicht vertreten, daß das sowjetische Modell anfangs durchaus gewisse Erfolgsaussichten gehabt habe, „nicht zuletzt, da der kommunistische Kollektivismus unter umgekehrten Vorzeichen an manche Dispositionen und Praktiken der NS-Volksgemeinschaft anknüpfte“. Unter den Intellektuellen wie in der breiten Bevölkerung habe es „viel kulturkritische Ablehnung der sog. Amerikanischen Vermassung gegeben, die die Bereitschaft, auf westliche Demokratievorstellungen einzugehen, hemmte“<sup>32</sup>.

Sicherlich gab es mentale Faktoren, die im Gegensatz zu westlich-demokratischen Vorstellungen standen; inwieweit diese indes Chancen für das sowjetische Modell begründeten, mag dahingestellt bleiben. Auf jeden Fall aber versuchte die SED, das antiwestliche Syndrom zu nutzen, wobei der „Westen“ für Kapitalismus, für eine Zivilisation mit dekadenten Tendenzen stand, der man – etwa in den fünfziger Jahren – die deutsche Kultur in durchaus traditioneller Weise gegenüberstellte. Ressentiments gegenüber dem Westen wurden auf vielfältige Weise gefördert, u. a. auch, indem man die Barbarei des angloamerikanischen Bombenkrieges vor allem gegen Ende des Zweiten Weltkriegs besonders hervorhob.

Mit großem Aufwand propagiert wurde demgegenüber der Vorbildcharakter der Sowjetunion sowie die deutsch-sowjetische Freundschaft, die allerdings nicht nur großenteils verordnet war, sondern auch zu manchen Erfahrungen im Alltag in deutlicher Spannung stand. In einem erheblichen Maße kopiert wurden die politischen Rituale der Sowjetunion – die Feiertage, Zeremonien, Rituale des Berufslebens usw. –, wobei schwer zu sagen ist, inwieweit sie im Laufe der Zeit eine gewisse Selbstverständlichkeit für viele Menschen gewannen. Man wird sie als Ansätze einer „Sowjetisierung“ der politischen Kultur, die auf deutsche politisch-mentale Dispositionen aufbaute, interpretieren können<sup>33</sup>.

Zur Legitimierung der Ordnung wurden neben den sowjetischen die Traditionen der kommunistischen Arbeiterbewegung und nicht zuletzt der Antifaschismus bemüht. Diesen entwickelte man

seit den fünfziger Jahren zu einem wichtigen Komplex politischer Kultur, der durch Konfrontation mit der NS-Zeit und ihrer barbarischen Politik der neuen Ordnung zusätzliche Legitimation verleihen sollte<sup>34</sup>. Ungeachtet der Tatsache, daß es der SED-Führung gelang, einen Teil der HJ-Generation für sich zu gewinnen, wird man freilich für die fünfziger Jahre festzustellen haben, daß die Mehrheit der Bevölkerung Distanz zu der neuen politischen Ordnung wahrte, auch wenn man sich dieser nicht immer entziehen konnte; nach dem Mauerbau verstärkte sich die Tendenz, sich mit dem SED-System irgendwie zu arrangieren.

Zweifellos trat nach dem Bau der Mauer eine gewisse Konsolidierung des SED-Systems und der politischen Kultur ein, doch blieben die Grundzüge des Systems erhalten. Alle Reformen, etwa im Wirtschaftssystem, wurden begrenzt durch die Machtinteressen der Partei, von der aus die Gesellschaft organisiert und „durchherrscht“ war<sup>35</sup>. Zwar fand der Wille der Partei seine Schranken in den Familienstrukturen, auch hielten sich Restbestände des Bildungsbürgertums, ebenso wie der ältere Arbeiterstolz weiter lebte und der Betrieb mit den multifunktionalen Brigaden interne Kommunikation ermöglichte<sup>36</sup>. Gleichwohl konnte sich – anders als im Westen – kaum eine selbständige Gesellschaftsstruktur entwickeln; das gesellschaftliche Leben blieb – ungeachtet der Herausbildung einer Nischenkultur – eng auf das politische System bezogen, jedenfalls so weit es sich artikulieren konnte.

In einer Zeit, in der sich im Westen ein rapider Wertewandel vollzog und die Gesellschaft unter dem Einfluß internationaler und nationaler Bewegungen gleichsam durchgeschüttelt wurde, blieb die Gesellschaft der DDR in dem engen Rahmen, den ihr die Partei gab. Obrigkeitshörigkeit, Gemeinschaftsdenken und Konfliktscheu sowie andere deutsche Mentalitäten bzw. Traditionen konnten sich hier – stärker als im Westen – halten

34 Vgl. Ulrich Herbert/Olaf Groelter, Zweierlei Bewältigung. Vier Beiträge über den Umgang mit der NS-Vergangenheit in den beiden deutschen Staaten, Hamburg 1992; Bernd Faulenbach, Die DDR als antifaschistischer Staat, in: Rainer Eckert/Bernd Faulenbach (Hrsg.), Halbherziger Revisionismus. Zum postkommunistischen Geschichtsbild, Landsberg 1996, S. 47–68.

35 Zum Begriff der „durchherrschten Gesellschaft“ siehe Jürgen Kocka, Eine durchherrschte Gesellschaft, und Alf Lüdke, „Helden der Arbeit“ – Mühen beim Arbeiten. Zur mutigen Loyalität von Industriearbeitern in der DDR, beide in: Hartmut Zwahr (Hrsg.), Sozialgeschichte der DDR, Stuttgart 1994, S. 547–553 und S. 188–216.

36 Vgl. Richard Bessel/Ralph Jessen (Hrsg.), Die Grenzen der Diktatur. Staat und Gesellschaft in der DDR, Göttingen 1996.

31 Vgl. Konrad H. Jarausch, Realer Sozialismus als Fürsorgediktatur. Zur begrifflichen Einordnung der DDR, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, B 20/98, S. 33–46.

32 K. Jarausch/H. Siegrist (Anm. 4), S. 41.

33 Vgl. Jürgen Danyel, Politische Rituale als Sowjetimporte, in: ebd., S. 67–86.

und behielten bis zum Ende der DDR eine erhebliche Bedeutung.

Die sowjetischen Leistungen in der Weltraumforschung und in einigen anderen Technologiebereichen, die Befreiungsbewegungen in der Dritten Welt, der Vietnam-Krieg der USA sowie die jugendlichen Protestbewegungen schienen darauf hinzudeuten, daß im Systemwettbewerb das sozialistische Lager durchaus Chancen hatte. Diese Rahmenbedingungen trugen zur Stabilisierung der bisherigen politisch-kulturellen Strukturen bei. Gleichwohl blieb realiter für große Teile der DDR-Bevölkerung die Bundesrepublik die Referenzgesellschaft, die eine beträchtliche, durch das Westfernsehen verstärkte Faszination ausübte. Die Minimierung des westlichen politisch-kulturellen Einflusses blieb dementsprechend eine Schlüsselfrage für das SED-System. Zumal in den sechziger Jahren versuchte sich daher die DDR sowohl im Inneren als auch auf der internationalen Ebene als der „bessere“ deutsche Staat darzustellen, der aus der NS-Zeit die notwendigen Konsequenzen gezogen hatte. Der Antifaschismus erhielt zentrale Bedeutung als eine Legitimierungs- und Immunisierungsstrategie mit Stoßrichtung gegen die Bundesrepublik.

Zwar versuchte die SED-Führung Reformen im Wirtschaftssystem, auch im Bildungs- und Wissenschaftssystem einzuführen – zeitweilig bildete sich eine regelrechte Ideologie der Reform heraus –, doch fanden diese Reformen ihre Grenzen am Parteiwillen und wurden nach 1968 nicht weitergeführt<sup>37</sup>. Die angestrebte „Modernisierung“ schloß eine Demokratisierung nicht mit ein und mußte deshalb begrenzt und schließlich gestoppt werden; man hat daher von einer „Modernisierungsfalle“ für das SED-System gesprochen<sup>38</sup>. Insgesamt gesehen verfestigten sich während der sechziger Jahre in der DDR die Grundzüge einer von der Parteidiktatur geprägten, trotz mancher deutscher Besonderheiten prinzipiell am sowjetischen Vorbild orientierten, jedoch auf deutschen Mentalitäten basierenden politischen Kultur.

In der Ära Honecker wurde angesichts der Entspannungspolitik und der Vertragspolitik mit der Bundesrepublik von der SED-Führung das Bemühen um Abgrenzung gegenüber der Bundesrepublik intensiviert, das sowohl in der Fixierung auf die Anerkennungsfrage als auch im Konzept einer

eigenen sozialistischen Nation seinen Ausdruck fand. Zweifellos verfestigte sich die Zweistaatlichkeit weiter; sie galt als stabil. Gleichwohl verbesserte sich – u. a. durch die wachsenden Reisemöglichkeiten für Rentner der DDR und für Westdeutsche – die Kommunikation mit der westdeutschen Gesellschaft, der gegenüber sich abzuschotten im Medienzeitalter immer weniger möglich war, zumal die DDR sich durch die Vereinbarungen aufgrund der Vertragspolitik stärker westlichen Journalisten öffnen mußte. Der Wunsch vieler DDR-Bürger, in die Bundesrepublik überzusiedeln, ließ sich dauerhaft nicht unterdrücken und signalisierte damit das unübersehbare Gefälle zwischen West und Ost. Die Attraktivität des westlichen Lebensstils, nicht zuletzt des Konsums, verstärkte sich vor dem Hintergrund der stagnierenden Wirtschaft der DDR. Generell verloren die Immunisierungsstrategien gegenüber dem Westen immer mehr an Wirkung.

Die DDR blieb der „vormundschaftliche Staat“, der für seine Bürger sorgte, doch das Leben auch weitgehend reglementierte und kontrollierte, was freilich niemals ganz gelang<sup>39</sup>. Der Ausbau des Stasi-Systems stellte dabei das Kontroll- und überwiegend präventive Repressionssystem auf eine neue Grundlage, konnte jedoch nicht verhindern, daß teilweise unter dem Dach der Evangelischen Kirche oder auch im kulturellen, vor allem jugendkulturellen Bereich sich Aktivitäten entwickelten, die sich dem Parteiwillen entzogen. Die SED und die Stasi glaubten jedoch, diese Tendenzen kontrollieren, kanalisieren und notfalls auch paralisieren zu können.

Ohnehin ist festzustellen, daß in keiner Phase der DDR die gesellschaftliche Entwicklung und das Handeln der Menschen in jeder Hinsicht als Ausfluß des Parteiwillens begriffen werden kann. Das Leben der Menschen besaß seinen „Eigensinn“, der vielfach auf eine komplizierte Weise mit dem politischen System verbunden war, ohne freilich mit diesem kongruent zu sein. Das Leben in der DDR war voller Paradoxien<sup>40</sup>. In der Endphase zeigte sich dann, daß auch die informellen gesellschaftlichen Strukturen und Beziehungsgeflechte, die nicht zuletzt der Bewältigung von Alltagsproblemen dienten, nicht nur Basen des Rückzugs, sondern – unter den spezifischen Bedingungen der Zeit – auch Räume waren, in denen sich politi-

37 Vgl. S. Meuschel (Anm. 30), S. 181 ff.

38 Vgl. dies., Überlegungen zu einer Herrschafts- und Gesellschaftsgeschichte der DDR, in: Geschichte und Gesellschaft, 19 (1993), S. 5–14, hier S. 9 ff.

39 Zum Begriff des „vormundschaftlichen Staates“ vgl. Rolf Henrich, Der vormundschaftliche Staat. Vom Versagen des real existierenden Sozialismus, Hamburg 1989.

40 Vgl. Stefan Wolle, Die heile Welt der Diktatur. Alltag und Herrschaft in der DDR 1971–1989, Berlin 1998.

scher Wille herausbildete, der sich dann im Betrieb und in der Öffentlichkeit artikuliert.

Die Legitimationsschwäche des SED-Systems spitzte sich in den achtziger Jahren zu. Das sowjetische Vorbild verblaßte nicht nur, sondern Gorbatschows Perestroika-Politik wurde von der SED-Führung sogar als Bedrohung des Systems betrachtet und deshalb als eine Politik ohne Relevanz für die DDR dargestellt. Die Gorbatschowsche Politik auf der einen Seite und die Weigerung der SED-Führung, diese aufzugreifen, auf der anderen Seite trugen wesentlich zur weiteren Schwächung der Legitimationsgrundlage des SED-Systems bei.

Symptom der offensichtlichen Erosion der ideologischen Grundlage des SED-Systems in den achtziger Jahren war der Versuch, die DDR zum Erben der ganzen deutschen Geschichte zu stilisieren, was zwangsläufig die nationale Frage, die für die DDR-Bürger eine ungleich größere Bedeutung behalten hatte als für die Bürger der Bundesrepublik, erneut aufwerfen mußte<sup>41</sup>. War manchen ausländischen Beobachtern, etwa Polen und Ungarn, die DDR schon vorher als „rotes Preußen“ erschienen, so stellte sie sich nunmehr selbst als Erbe der preußischen Tradition dar<sup>42</sup>. Eine wirkliche neue Legitimationsgrundlage war freilich von hierher nicht zu gewinnen. Sie war Ende der achtziger Jahre zerbröckelt.

Resümierend läßt sich zur Entwicklung der politischen Kultur in der DDR feststellen:

1. Die DDR versuchte sich als neue Epoche der deutschen Geschichte darzustellen, führte aber doch wesentliche Stränge der deutschen Tradition weiter: die obrigkeitlich-vormundschaftliche Tradition und die ihr entsprechenden

41 Vgl. Walter Schmidt, Die Entwicklung des Erbe- und Traditionsverständnisses in der Geschichtsschreibung der DDR, in: Zeitschrift für Geschichte, 33 (1985) 3, S. 195 ff.; Eberhard Kuhr/Henning von Löwis, Griff nach der deutschen Geschichte. Erbeaneignung und Traditionspflege in der DDR, Paderborn – München u. a. 1988.

42 Vgl. Bernhard Bilke, Preußentum und DDR-Sozialismus. Zum Geschichtsbild der DDR, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, B 52–53/81, S. 23–37; Johannes Kuppe, Kontinuität und Wandel in der Geschichtsschreibung der DDR. Das Beispiel Preußen, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, B 20/86, S. 17–26. Sicherlich entwickelte sich auch in der Bundesrepublik parallel ein Interesse an Preußen, doch war dies kaum mit legitimatorischen Bedürfnissen verbunden. Vgl. dazu Edgar Wolfrum, Die Preußen-Renaissance: Geschichtspolitik im deutsch-deutschen Konflikt, in: Martin Sabrow (Hrsg.), Verwaltete Vergangenheit. Geschichtskultur und Herrschaftslegitimation in der DDR, Leipzig 1997, S. 145–166.

Mentalitäten; die Traditionen des Antiparlamentarismus, des Antipluralismus, des Illiberalismus und partiell auch des Militarismus; die mit den genannten Aspekten zusammenhängende antiwestliche Tradition; eine bestimmte Vorstellung der deutschen kulturellen Tradition, die den Gegensatz zum Westen betonte. In mancher Beziehung hat die DDR den „deutschen Sonderweg“ fortgesetzt<sup>43</sup>. Aus polnischer oder ungarischer Perspektive war das wegen seiner Gründlichkeit und Linientreue oft mißtrauisch beobachtete SED-System gleichsam die Fortsetzung bestimmter preußischer Eigenschaften.

2. Die Gesellschaft der DDR war am sowjetischen Vorbild orientiert und auf dieses ausgerichtet. Von der Sowjetunion wurden nicht nur die wichtigsten Strukturmerkmale – etwa der Tschekismus oder das Nomenklatursystem – übernommen, sondern auch politische und gesellschaftliche Rituale. Welche Wirkung die Sowjetisierung gehabt hat und wie tief sie ging, läßt sich nach dem gegenwärtigen Forschungsstand nicht beantworten. Bestimmte Unterschiede zum Westen, wie eine ungleich stärkere Entkirchlichung bzw. Entchristianisierung des gesellschaftlichen Lebens, sind offensichtlich.
3. Trotz aller Bemühungen um Eigenständigkeit und Abschottung blieben die DDR und ihre Bevölkerung, deren Verhalten keineswegs in jeder Hinsicht durch das System determiniert war, kommunikativ eng mit dem Westen, insbesondere mit der Bundesrepublik verbunden; dies gilt auch für das SED-System, das noch in der Negation dialektisch auf die Bundesrepublik bezogen blieb.

Im Herbst 1989 zeigte sich, wie schwach das System geworden war und wie sehr es von der Garantie durch die Sowjetmacht gelebt hatte. Zugleich wurde sichtbar, daß der „vormundschaftliche Staat“ nicht hatte verhindern können, daß – zumindest in Ansätzen – eine Gegengesellschaft entstanden war, die in der Situation des Herbstes 1989 Massenwirksamkeit entfalten konnte. Die Bürgerinnen und Bürger der DDR befreiten sich selbst vom SED-System; in einer zweiten Phase aber optierten sie mit großer Mehrheit für einen Beitritt zur Bundesrepublik.

43 Vgl. Jürgen Kocka, Ein deutscher Sonderweg. Überlegungen zur Sozialgeschichte der DDR, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, B 40/94, S. 34–45; wieder abgedruckt in: ders., (Anm. 27), S. 102–121.

---

## VI. Zu den Gemeinsamkeiten, Unterschieden und Beziehungen zwischen den politischen Kulturen der Bundesrepublik und der DDR

---

In der Gegenüberstellung zeigt sich:

1. Den nationalistischen deutschen „Sonderweg“ mit seinem Hegemonialanspruch haben nach dem Zweiten Weltkrieg weder die Deutschen Ost noch die Deutschen West fortgesetzt, d. h., nicht fortsetzen können und später auch nicht fortsetzen wollen. Die „deutsche Katastrophe“ und die Integration in die Blocksysteme wirkten gleichsam als Katalysatoren einer Neuorientierung. Die Vorstellung eines „deutschen Weges“ jenseits von Ost und West wurde nur von Minderheiten vertreten; sie konnte sich dabei mit Ideen eines „dritten Weges“ verbinden.
2. Spezifika des „deutschen Weges“ – Leitbilder, Ideen, Mentalitäten – wurden tendenziell mehr im Osten als im Westen bewahrt, wodurch sich beide Teile auseinanderentwickelten.
3. Im Westen entstand im Laufe der Jahre eine demokratische Bürgergesellschaft. In der DDR konnte sich im Grunde eine zivile Gesellschaft nicht herausbilden, doch orientierte sich die Opposition in der DDR, insbesondere während der achtziger Jahre, an diesem Leitbild und hat wohl auch in ihren Binnenstrukturen teilweise dieses Leitbild antizipiert.
4. Der „Verwestlichung“ der Bundesrepublik entsprach wohl keine vergleichbare „Veröstlichung“ der DDR, obgleich eine „Sowjetisierung“ politisch viel unmittelbarer beabsichtigt wurde als umgekehrt etwa eine „Amerikanisierung“. Dies ist ein Befund, bei dem im Hinblick auf den Osten wohl auch das – aus der Sicht der deutschen Bevölkerung nicht zu übersehende – zivilisatorische Gefälle eine Rolle spielte. Allerdings sind zu dieser Frage, auch zur Bedeutung der Begegnungen mit den Kulturen Osteuropas für die Menschen in der DDR, noch weitere Studien nötig, wobei freilich vieles dafür spricht, daß diese keineswegs so intensiv und nachhaltig waren wie der westdeutsch-westeuropäisch-atlantische Austausch.
5. Die beiden Staaten und ihre politischen Kulturen waren auf eine komplizierte Weise miteinander verbunden, die sich sicherlich überwiegend als gegensätzlich beschreiben läßt;

unverkennbar gab es jedoch auch kommunikative Prozesse, die zunehmend asymmetrisch wurden und sich intensivierten<sup>44</sup>.

---

## VII. Zur Entwicklung der politischen Kultur seit 1989/90 und zu den gegenwärtigen Aufgaben

---

Die Bevölkerung der DDR hat 1990 ihren Staat bewußt aufgegeben, mit der Konsequenz, daß das Verfassungssystem der Bundesrepublik auf die frühere DDR, in der kurz zuvor Länderstrukturen wiedererstanden waren, übertragen wurde. Ausgedehnt worden ist nach einer kurzen Übergangsphase auch das westdeutsche Parteiensystem auf den Osten, wobei die SPD sich mit der aus Teilen der Bürgerrechtsbewegung erwachsenen SDP und die Grünen sich mit dem Bündnis 90 verbanden. Demgegenüber übernahmen die CDU und die FDP – sieht man von Teilen des „Demokratischen Aufbruchs“ ab, der überwiegend in der CDU aufging – im wesentlichen die alten Blockparteien, die gewiß verändert wurden, doch seitdem ein Stück Kontinuität zum SED-System bilden. Ungleich stärker verkörpert die PDS Momente der Kontinuität und macht durch ihre erhebliche Rolle im Osten und ihre schwache Position im Westen fortdauernde politisch-kulturelle Unterschiede zwischen Ost- und Westdeutschen sichtbar.

Zweifelloso wirkt bei all dem der Tatbestand nach, daß 1990 zwei verschiedene politische Kulturen fusionierten, von denen die eine mit dem politischen System, auf das sie bezogen war, gescheitert ist. Gleichwohl ist sie damit nicht völlig verschwunden, zumal im Prozeß des Zusammenwachsens – bedingt auch durch politische Fehlentscheidungen – erhebliche Probleme entstanden sind, die eine partielle Rückwendung – „Ostalgie“ genannt – zu Aspekten der DDR-Vergangenheit und die Erneuerung eines besonderen Bewußtseins, das die eigenen Erfahrungen und die Unterschiede zum Westen betont, gefördert haben<sup>45</sup>.

---

44 Vgl. Peter Bender, *Episode oder Epoche? Zur Geschichte des geteilten Deutschland*, München 1996.

45 Vgl. Lothar Fritze, *Die Gegenwart des Vergangenen. Über das Weiterleben der DDR nach ihrem Ende*, Köln – Wien 1997, S. 92 ff. Zu den West-Ost-Unterschieden in der Gegenwart vgl. Martin Greiffenhagen, *Politische Legitimität in Deutschland*, Gütersloh 1997. Bernd Faulenbach, *Ost-West-Unterschiede als Herausforderungen politischer Bildungsarbeit im vereinigten Deutschland*, in: *Jahrbuch Arbeit, Bildung, Kultur*, 15/16 (1997/98), S. 89–102. Zum ost-deutschen Selbstverständnis vgl. Hans J. Misselwitz, *Nicht*

Nachwirkungen der politischen Kultur der DDR mag man u. a. in folgenden Einstellungsmustern und mentalen Gegebenheiten eines Teils der früheren DDR-Bürger sehen: Die parlamentarische Demokratie mit dem Wettbewerb der Parteien wird häufig mit Distanz betrachtet, als lediglich „formale“ Demokratie abqualifiziert und teilweise auch abgelehnt. Der Staat wird weiterhin als Adressat für umfangreiche Wünsche, Ansprüche und Forderungen gesehen. Das gesellschaftliche und politische Engagement ist zugleich unterentwickelt; der Aufbruch des Herbstes 1989 hat alles in allem nur bedingt zu einem kontinuierlichen zivilgesellschaftlichen Engagement geführt. Erkennbar ist eine Sehnsucht nach übersichtlichen Verhältnissen, nach Ordnung und vor allem nach Gemeinschaft, manchmal auch eine gewisse Konfliktscheu. Bei den Wertorientierungen spielt soziale Sicherheit eine besondere Rolle und wird gegenüber dem Wert „Freiheit“ klar präferiert – ein Trend, der sich in jüngster Zeit verstärkt hat<sup>46</sup>. Denktraditionen des Westens werden erst nach und nach rezipiert, deutsche politisch-kulturelle Besonderheiten nicht selten akzentuiert. Die Nation spielt im Osten eher eine größere Rolle als im Westen, die Europaorientierung ist schwächer ausgebildet.

Ein Teil dieser Einstellungsmuster aus DDR-Zeiten ist in der Gegenwart mehr oder weniger obsolet und dysfunktional. Dennoch wird man manche Fragen, die die Ostdeutschen aufwerfen, noch einmal erörtern müssen – etwa die Frage, ob nicht der Wert der Freiheit, um für die große Mehrheit real werden zu können, einer entsprechenden sozialen Fundierung bedarf. Womöglich zwingen diese Fragen die Westdeutschen, über Fehlorientierungen in der gegenwärtigen politischen Kultur des Westens nachzudenken, zumal existentielle Probleme wie die Massenarbeitslosigkeit unübersehbar sind und der vorherrschende neoliberale Zeitgeist zu Recht zunehmend hinterfragt wird. In diesem Kontext ist daran zu erinnern, daß die soziale Komponente keineswegs per se dem Typus der westlichen Demokratie widerspricht<sup>47</sup>.

länger mit dem Gesicht nach Westen. Das neue Selbstbewußtsein der Ostdeutschen, Bonn 1996<sup>2</sup>.

46 Vgl. Elisabeth Noelle-Neumann, Eine Generation – zwei Gesellschaften, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 16. 1. 1997.

47 Ernst Fraenkel hat im „Gedanken der sozialen Geborgenheit“ den bleibenden Beitrag Deutschlands zu der Entwicklung des Staats- und Gesellschaftstypus bezeichnet, den man als „westliche Demokratie“ zu bezeichnen pflegt; vgl. ders., Deutschland und die westlichen Demokratien, Stuttgart 1964, S. 32 ff.

Gegenwärtig wird – anlässlich des für 1999 geplanten Umzugs von Bundestag und Bundesregierung nach Berlin – in der Publizistik viel über die „Berliner Republik“ diskutiert, die unverkennbar Projektionsfläche für Ängste, Erwartungen und Wünsche der unterschiedlichsten Art ist<sup>48</sup>. Manche fürchten, in der Berliner Republik könne es eine politisch-mentale Regression zu älteren deutschen Traditionen geben, und verweisen dabei auf die vorherrschenden Einstellungen in den neuen Ländern<sup>49</sup>. Andere wünschen partiell eine Rückwendung, zumindest auf der Ebene der Kultur, nicht selten in der – vielleicht etwas romantisch an den zwanziger Jahren orientierten – Hoffnung auf eine neue Metropolenkultur in Berlin. Diese würde tatsächlich in einer gewissen Spannung zur bisherigen, durch die föderalistische Struktur abgesicherten multipolaren Kultur der alten Bundesrepublik stehen und stößt in den Ländern der ‚alten‘ Bundesrepublik auf Widerspruch – von einer „Scheinkapitale“ ist die Rede –, was zu heftigen Reaktionen bei denen führt, die mit dem Umzug die Erwartung eines positiven Neubeginns verbinden<sup>50</sup>. In einigen Diskussionsbeiträgen wird die alte Bundesrepublik „als Idylle, als Quarantänestation, in der die Deutschen eine Art Trockenkurs in Demokratie absolvierten“, bezeichnet<sup>51</sup>. In ihr wird ein, wenn nicht der eigentliche „Sonderweg“ gesehen – eine Einschätzung, die die Besonderheiten ihrer Geschichte über- und das historische Gewicht der NS-Zeit unterbewertet<sup>52</sup>.

Selbstverständlich spielt das vereinigte Deutschland international eine andere Rolle als die alte

48 Vgl. die in der Wochenzeitung „Die Zeit“ geführte Diskussion, insbesondere die Beiträge von Thomas Assheuer, Das Deutschlandspiel. Viel Abschied, wenig Ankunft. Der Streit um die Deutung einer Berliner Republik, Nr. 37 vom 3. September 1998, S. 41 ff.; Klaus Harpprecht, Die Crux der Ex-DDR ist ihre geistige Heimatlosigkeit, Nr. 38 vom 10. September 1998, S. 48; Klaus Hartung, Aufbruch ins Zentrum. Berlin ist nicht das Symbol der Vereinigungsmisere, „sondern der Ort eines neuen Anfangs“, ebd., S. 49; Christoph Dieckmann, In der Niemandszeit. Drei Kapitel über die ost-westdeutsche Ungleichzeitigkeit, Nr. 39 vom 17. September 1998, S. 6f. Vgl. auch Johannes Groos, Begründung der Berliner Republik, Stuttgart 1995; Jürgen Habermas, Die Normalität einer Berliner Republik, Frankfurt a. M. 1995.

49 Siehe insbesondere den Beitrag von K. Harpprecht, ebd. 50 Vgl. die überzogene Kritik bei Heinrich-August Winkler, Separatismus auf Filzplätzen, in: Die Zeit, Nr. 43 vom 15. Oktober 1998, S. 58.

51 So charakterisiert Hermann Rudolph die modische Kritik an der Bonner Republik, in: Der Tagesspiegel vom 25. 9. 1998, S. 27.

52 Vgl. Bernd Faulenbach, „Deutsche Sonderwege“. Anmerkungen zur aktuellen Diskussion über das deutsche historisch-politische Selbstverständnis, in: Comparativ. Leipziger Beiträge zur Universalgeschichte und vergleichenden Gesellschaftsforschung, (1994) 1, S. 14–30.

Bundesrepublik, es trägt eine größere Verantwortung. Gleichwohl handelt es wie bisher ganz überwiegend im Staatenverbund und ist integrativer Teil der Europäischen Union und der NATO. Im übrigen aber bleiben die politischen Institutionen die gleichen, und die demokratische Substanz der alten Bundesrepublik wird auch die „Berliner Republik“ prägen. Gewiß mag dabei der Spannungsbogen der politischen Kultur größer werden als in der alten Bundesrepublik. Doch gibt es auch in den neuen Ländern – wie nicht zuletzt 1989/90 deutlich wurde – demokratische Potentiale, die es in einem politisch-kulturellen Prozeß zu fördern gilt, in dem die demokratischen Institutionen anerkannt, Partizipationschancen wahrgenommen, bürgerschaftliches Engagement entwickelt, nicht zuletzt aber die hinter dem Grundgesetz stehenden Prinzipien im Konsens durchgesetzt werden.

Im Kern ist in fast jeder Hinsicht zur politisch-kulturellen „Verwestlichung“ des Ostens keine Alternative erkennbar, auch wenn innerhalb des damit gegebenen Rahmens unterschiedliche Varianten

möglich sind, die den Erfahrungen des Ostens Raum geben. Zudem schreitet dieser Prozeß in den Staaten Mitteleuropas, die wieder verstärkt – wie Osteuropa insgesamt – ins deutsche Blickfeld rücken, voran. Insofern bleibt es nicht nur beim Ende des „deutschen Sonderweges“; auch Mitteleuropa verändert sich, was freilich längerfristig Rückwirkungen auf den Westen haben könnte.

Auf der Tagesordnung steht das Projekt eines gemeinsamen Europa, das nicht nur West- und Mitteleuropa umgreift, sondern auch Osteuropa schrittweise einbezieht. Es ist ein Europa, das vielfältige nationalkulturelle, auch politisch-kulturelle Unterschiede zuläßt, doch den Idealen einer auf der Geltung der Grundrechte, auf Gewaltenteilung, auf Rechts- und Sozialstaatlichkeit basierenden Bürgergesellschaft verpflichtet sein sollte, die im Zeitalter der Globalisierung unter veränderten Bedingungen zu verteidigen und weiterzuentwickeln sind.

# Deutschland vor und seit der Wende

## Von der Kenntnis zur Anerkennung der Verschiedenheiten

---

### I.

---

Zum Zeitpunkt der Vereinigung der beiden deutschen Staaten wurde nach vielen Jahren eine nicht ganz ernst gemeinte Frage aus den sechziger Jahren geradezu von der Realität eingeholt: Vor mehr als zwanzig Jahren hatten Münchener Kabarettisten nämlich angeregt, neben dem Ministerium für gesamtdeutsche Fragen auch eines für gesamtdeutsche Antworten zu schaffen. In der Tat: Nach der ersten Überraschung über den Zusammenbruch des SED-Staates und im Anschluß an die erste Freude tat sich eine gewisse Lücke auf. Denn es gab keinerlei Vorbereitung auf die Probleme, die sich im Zuge der Wiedervereinigung stellen mußten – und dies, obwohl doch viele Jahrzehnte lang öffentlich immer wieder die Vereinigung der beiden deutschen Staaten beschworen worden war.

Zunächst traute man sich zu, mit schier unerschöpflichen Finanzmitteln in kurzer Zeit blühende Landschaften zu schaffen. Als aber deutlich wurde, daß vierzig Jahre sozialistischer Umgestaltung tiefe Spuren hinterlassen hatten, flüchtete man sich nach 1989 vielfach in politischen Aktivismus; jetzt war fast nur noch von einer notwendigen „Transformation“ die Rede. Dabei konnte es nicht allein um die Schaffung neuer Verwaltungsstrukturen gehen, auch nicht um die Umwandlung von Hochschulen oder die Entstehung sogenannter intermediärer Institutionen, die Interessen artikulieren und politische Entscheidungen ermöglichen sollten. Es hätte vielmehr vor allem darauf ankommen müssen, die in mehreren Jahrzehnten entstandenen sozial- und mentalitätshistorischen Voraussetzungen der für Ostdeutschland notwendigen Transformation überhaupt präzise zu erfassen.

Es ging um die Vereinigung zweier deutscher Teilgesellschaften, von denen sich die eine als amerikanisiert und verwestlicht empfand, die andere einen sich über Jahrzehnte erstreckenden Umbau hinter sich hatte, der die Gesellschaft und das Individuum ganz anderen Einflüssen ausgesetzt hatte. Neuerdings analysiert man sie als Ausdruck einer

„Sowjetisierung“ der Strukturen, der Lebensstile und der Wertvorstellungen. Als Schlagworte greifen beide Begriffe – Amerikanisierung wie Sowjetisierung – ohne Zweifel zu kurz. Zugleich aber treffen sie eine wichtige Grundvoraussetzung der Vereinigung: die Notwendigkeit, zwei ganz unterschiedliche deutsche Teilgesellschaften im Zuge eines weit über das Politische hinausgehenden sozialgeschichtlichen Prozesses zusammenzuführen.

Marktwirtschaftliche Verhältnisse lassen sich nicht durch eine politische Proklamation herstellen. Sie müssen von den Menschen akzeptiert und verwirklicht werden. Diese mußten und müssen sich auf eine außerordentliche Weise neuen Denk- und Entscheidungsstrukturen anpassen. Dabei geht es nicht nur um Begriffe – etwa soziale Marktwirtschaft hüben, Fürsorgestaat oder autoritärer Sozialstaat drüben, auch nicht nur um Befindlichkeiten, um Animositäten oder Sympathien. Es geht vielmehr um die Fähigkeiten, den Vereinigungsprozeß dynamisch und aktiv zu gestalten, zugleich aber die millionenfachen Brüche in den Biographien nicht aus dem Auge zu verlieren.

Vielleicht hätte ein Blick in die Geschichte geholfen, die notwendigen Veränderungen zu erleichtern und manche Strukturprobleme – etwa die Frage nach der Verfügungsgewalt über Grund und Boden – anders zu regeln. Betrachtet man etwa die vergangenen Jahrhunderte seit der Reformation, so lassen sich Veränderungen und Anpassungen durchaus als immerwährende Geschichte von Eigentumsumwälzungen deuten: Die Reformation mündete in die Enteignung kirchlichen Grundbesitzes, die Französische Revolution brachte dem alten Adel die Vertreibung von seinem Besitz, und auch die Säkularisation am Beginn des 19. Jahrhunderts hatte eine weitreichende Besitzumwälzung zur Folge. Insofern stand auch die Bodenreform des Jahres 1945 in einer Tradition revolutionärer Umgestaltung durch die Zerstörung von Agrarstrukturen, die sich im 19. und frühen 20. Jahrhundert als Belastung der Demokratisierung erwiesen hatten.

Gewiß: Die Vereinigung der beiden deutschen Teilstaaten vollzog sich verfassungsrechtlich als Beitritt der neuen Länder zum Geltungsbereich des Grundgesetzes. Dies hatte Konsequenzen auch für die Eigentumsverhältnisse und bedeutete unvermeidlich eine strukturelle und institutionelle Anpassung an das „Beitrittsgebiet“. Zugleich ging es aber um mehr – nämlich u. a. um Mentalitäten, um ein verändertes Staats- und Politikverständnis, um ein völlig unterschiedliches Sozialsystem und damit auch um veränderte Zukunftsvorstellungen. Nicht darüber stritt man aber, sondern die Parteipolitik mit ihren eigenen Zielsetzungen schien zunächst alles andere zu überlagern.

Im Wahlkampf vom März 1990 hatten die Parteien des Westens mit überwältigender Macht demonstriert, was dies bedeutete. In diesem ersten freien Wahlkampf der DDR artikulierten sich weniger die Interessen der (zukünftigen) Vereinigungsgesellschaft, hier diskutierte man keine Zukunftsentwürfe, hier schien sich vielmehr das westdeutsche Parteiensystem selbst zu klonen. Und der Bundestagswahlkampf von 1994 verstärkte diesen Trend. Wahlen bieten, das Beispiel der Bundesrepublik in den fünfziger Jahren zeigte es, nach dem Sturz einer Diktatur der Bevölkerung in der Regel die Chance einer allmählichen Anpassung an neue, „postdiktatorische“ Wertstrukturen. Die ersten Jahre des Vereinigungsprozesses – im „Zeitraffer-tempo“ absolviert – ließen dafür offenbar keinen oder nur wenig Raum.

In Demokratien gilt, daß jedem Mitmenschen zugestanden wird, „politikfähig“ zu sein. Dies setzt politisches Vertrauen selbst gegenüber dem Andersdenkenden voraus. Mißtrauen gilt seit Jefferson als Grundelement der Demokratie, weil es sich gegen die Herrschenden, gegen einen möglichen Machtmißbrauch, richtet. Man kontrolliert die Eliten und versucht sie – etwa über die öffentliche Meinung – auf vielfache Weise zu beeinflussen. Ertappt man sie bei Fehlern, so bestätigt das die eigenen Grundüberzeugungen, erschüttert aber nicht das Staats- und Demokratieverständnis. In Diktaturen kehrt sich diese Sichtweise um. Die Untertanen werden aufgerufen, ihrer Führung zu vertrauen, ihren Mitbürgern aber wachsam und mißtrauisch zu begegnen. Durch die „westlich“ geprägten Wahlkämpfe wurde die Möglichkeit einer Umorientierung politischer Gewohnheiten und Sichtweisen fast vertan, weil die Wahlauseinandersetzungen aus dem Westen in den Osten verlängert wurden.

Auch aus diesem Grunde erlahmte bald das Interesse vieler Ostdeutscher an der Bewältigung ihrer

Geschichte. Dies zumal, als sie sich nicht nur auf die Auseinandersetzung mit dem Ministerium für Staatssicherheit konzentrierte, sondern bald auch Bereiche umfaßte, aus denen nicht wenige DDR-Bürger einen Rest ihres Selbstbewußtseins zogen: Ob Antifaschismus, Demokratisierung der Bildung, polytechnische Erziehung, Kindergärten, Arbeitsplatzsicherheit und Wohnungsversorgung, Fernstudium oder Facharbeiterqualifikation – fast alles schien entwertet.

Alle Beschwichtigungen angesichts unbestreitbarer Erfolge bei der Entstehung des vereinten Deutschland können nicht verbergen, daß die mentalen Probleme bei der Vereinigung gravierender als befürchtet waren. Bärbel Bohleys Klage, sie hätte Gerechtigkeit gesucht und den Rechtsstaat bekommen, legte ein solches Symptom frei. Mit der Vereinigung begann für manchen Ostdeutschen die Reise in eine in vieler Hinsicht fremde Gesellschaft, in einen fremden Staat, in eine Zukunft, die als unsicher zu empfinden keineswegs mit Kleinmut gleichzusetzen war. Spezifische Wahlergebnisse, unterschiedliche politische Prioritäten, Fernsehgewohnheiten, selbst die Werbeslogans der Wirtschaft machen dies deutlich.

Historiker, Kultur- und Sozialwissenschaftler widmeten sich – trotz intensiver Studien zumal in der empirischen Sozialforschung – zu wenig der Aufgabe, die beiden deutschen Teilgesellschaften mentalitätsgeschichtlich in ihrer Unterschiedlichkeit wahrzunehmen. Dies führte nicht selten zu verletzenden Debatten, etwa über die Gleichsetzung von roter und brauner Diktatur. So verstärkten sich die Versäumnisse, die auch Ergebnis einer allzusehr vernachlässigten deutsch-deutschen Nachbarschaft waren. Diese hatte zunehmend nur die DDR-Forscher interessiert, die an den „Materialien zur Lage der Nation“ arbeiteten, von ganz wenigen Ausnahmen wie Hermann Weber und Karl Wilhelm Fricke abgesehen. Nicht, daß jetzt überheblich zu beklagen wäre, daß sich vor 1989 offensichtlich kein ernst zu nehmender Wissenschaftler oder Publizist mit der Frage beschäftigt hatte, wie man die beiden deutschen Gesellschaften im Zuge einer staatlichen Vereinigung zusammenführen könnte. Zu beklagen ist lediglich, daß noch Jahre nach der Wiedervereinigung klärende Fragen nach den sozialgeschichtlichen Voraussetzungen des Übergangs von einer Gesellschaft zur anderen nicht gestellt wurden.

Selbst diejenigen, die nicht müde wurden, sich öffentlich zur Aufgabe der Wiedervereinigung zu bekennen, hatten keine Vorstellung von den Schwierigkeiten, die nach 1989 tatsächlich zu

bewältigen waren. Sie beklagten „deutsche Irrtümer“, ohne sich einzugestehen, daß auch sie keine Lösungen hatten. Dabei war der Start zunächst bemerkenswert. Innerhalb von wenigen Wochen wurde der Vereinigungsvertrag ausgehandelt und die Voraussetzung für eine staatliche Vereinigung geschaffen. Sie betraf vor allem aber die öffentliche Verwaltung. Manches glückte, etwa die Zusammenführung von Nationaler Volksarmee und Bundeswehr, der Aufbau einer Arbeitsverwaltung, die Institutionalisierung des Sparkassensystems und anderes mehr. Anderes – insbesondere die dauerhafte Sicherung von Arbeitsplätzen durch einen wirtschaftlichen Strukturwandel – stieß auf schwer zu überwindende Probleme und mündete in die massenhafte Arbeitslosigkeit. Schwierig gestaltete sich auch die Veränderung von Ausbildungs- und Bildungssystemen sowie die Angleichung der Sozialen Sicherung.

---

## II.

---

Wer behauptet, daß die prinzipielle Einführung eines marktwirtschaftlichen Systems ohne große Probleme gelungen sei, der verklärt die jüngste Vergangenheit. Entscheidend ist aber vor allem, ob man die Anpassung möchte und die Schwierigkeiten, die unausweichlich entstehen, auch tragen will – hüben wie drüben. Unbestreitbar ist auch, daß sich die Durchsetzung des Eigentumsprinzips als schwere Hypothek entwickelte. Vergessen ist, wer dieses Prinzip pervertierte. Wer nach seinerzeit diskutierten Problemlösungen für die frühe Vereinigungsgesellschaft sucht, findet weniger ein Programm und schon gar kein Konzept, sondern mancherlei Hinweise auf ein vollmundiges Selbstbewußtsein der Westdeutschen.

Die Blüte der selbstbewußt proklamierten Transformation eines plan- in ein marktwirtschaftliches System ist gewelkt. Auch die Anpassung der politischen Strukturen – die Transition – ist mehr schlecht als recht gelungen. Manche Jugendliche in den neuen Ländern haben bisher nicht ein einziges Mal gewählt, und früh wurde vor einer eher brüchigen Fassade der Demokratisierung gewarnt. Demoskopien kommen nicht umhin, die verbreitete Skepsis vieler Ostdeutscher gegenüber der Leistungskraft der sozialen Marktwirtschaft wie auch des Verfassungsstaates zu registrieren. Vielleicht rächt sich auf diese Weise, daß die Transformationseliten zu wenig über die DDR und die Mentalitäten ihrer Bewohner wußten, als sie daran-

gingen, die staatliche und gesellschaftliche Vereinigung zu organisieren. Die „Rote-Socken-Kampagne“ machte deutlich, wie verletzlich die Bürger in den neuen Bundesländern sind, wie verantwortungslos nicht selten auf Kosten der Ostdeutschen in Westdeutschland Stimmungen gemacht und Wähler mobilisiert wurden.

Wer Menschen mit ihrer je eigenen Lebensgeschichte vor den Kopf stößt, vergißt, daß sich neue Institutionen nicht im luftleeren Raum errichten lassen. Sie bedürfen vielmehr der Menschen, die sie akzeptieren und mit Leben füllen. Wer wählt, muß überzeugt sein, daß seine Stimme zählt. Wer in Parteien mitwirkt, muß sie als Scharnier zwischen Staat und Gesellschaft akzeptieren. Wer ein Ehrenamt übernimmt, muß zuvor gespürt haben, daß es politischen Respekt gibt, der sich nicht in Mark und Pfennig rechnet. Und wer Opfer bringt, muß das Gefühl haben, daß alle solidarisch handeln. Statt dessen blühten Ossi- und Wessi-Witze – wurden so immer wieder wechselseitig Frustrationen kolportiert –, die doch oftmals nicht mehr als Ausdruck eines Vorurteils waren, das im Gespräch und mit dem Willen zum Verständnis des anderen leicht hätte beseitigt werden können. Während man viel *übereinander* sprach, vergaß man allzuoft, *miteinander* zu sprechen.

Natürlich gab und gibt es Unterschiede im Lebensstil, im Lebensgefühl, in der Zukunftsorientierung. Aber sie begründen per se keine mentalen Barrieren, sondern sie könnten neugierig aufeinander machen. Ein ostdeutscher Akademiker etwa hat Schwierigkeiten, die Unsicherheit seiner persönlichen Zukunft zu akzeptieren. Eltern aus den neuen Ländern haben andere Erwartungen an die Berufsberatung als Eltern aus dem Westen. Der Studienfachwechsel wird im Osten Deutschlands immer noch als Scheitern empfunden; im Westen ist er fast normal und gilt als optimale Nutzung von Interessen oder Berufschancen.

Im Alltag lassen sich die Probleme allein nicht lösen. Hier zeigt sich aber, wie unterschiedliche Erfahrungen ausgeglichen werden können. So wurde allmählich bewußt, daß beim Umbau und Aufbau von Systemen und Investitionen historisch entstandene Voraussetzungen von „Transformationen“ und „Transitionen“ berücksichtigt werden müssen. Denn im Laufe einer sich über mehr als vierzig Jahre erstreckenden Geschichte hatte sich mehr auseinander entwickelt, als der Ruf „Wir sind ein Volk“ vermuten ließ. Mit der Vereinigung wurde zudem im Westen ein Versprechen gegeben und nicht eingelöst. Es ging dabei nicht um „blühende Landschaften“, sondern es ging um den

Auftrag des Grundgesetzes, in Deutschland gleichartige Lebensverhältnisse zu schaffen. Davon sind wir trotz aller Bemühungen immer noch weit entfernt. Aber es helfen keine Beschwörungen, sondern nur der Wille zum Möglichen.

Wenn fast achtzig Prozent der Westdeutschen vermuten, die finanzpolitischen Probleme der Bundesrepublik (West) hingen allein mit den „Transferzahlungen“ zusammen, wenn gut siebzig Prozent der Ostdeutschen die Mißwirtschaft westdeutscher Politiker für die Misere der öffentlichen Hand verantwortlich machen, dann zeigt sich, wie gespalten die deutsche Gesellschaft mental ist. Es reicht nicht, dies zu beklagen, sondern man müßte versuchen, die grundlegenden Erfahrungen und Orientierungen der deutschen Teilbevölkerungen zum Ausgangspunkt einer bewußten Vereinigungsgeschichte zu machen, die sich noch immer sehr mühsam vollzieht. Dies würde bedeuten, *alle* Herausforderungen der Vereinigung ernst zu nehmen. Unmittelbar nach der Vereinigung hat man vielfach von der Regierung verlangt, sie solle wie Churchill 1940 die Opferbereitschaft der Deutschen herausfordern und „Blut und Tränen“ beschwören. Auch wenn politisch-theatralische Emotionalität vermutlich kein angemessenes Hilfsmittel zur Bewältigung von Schwierigkeiten ist, so war doch die Bereitschaft zur Solidarität zu Beginn sehr ausgeprägt.

---

### III.

---

Die Probleme des Vereinigungsprozesses machen deutlich, daß die Bundesrepublik Deutschland und die Deutsche Demokratische Republik sich in vierzig Jahren Trennung viel fremder geworden waren, als es sich viele auch heute einzugestehen bereit sind. Eigentlich war dies schon vor mehreren Jahrzehnten spürbar geworden. Vor etwa dreißig Jahren waren in der Hamburger Wochenzeitung „Die Zeit“ Reportagen über die DDR erschienen. Einige ihrer Redakteure, unter ihnen Marion Gräfin Dönhoff und Theo Sommer, waren durch die DDR gereist und hatten im Westen mit ihren Eindrücken von einer, wie es hieß, „Reise in ein fremdes Land“ großes Aufsehen erregt. Durch diese Reportagen schienen ein Staat und eine Gesellschaft, die der damalige Bundeskanzler Kiesinger als „Phänomen“ bezeichnet hatte, für viele erstmals Konturen zu bekommen. In der DDR war offensichtlich eine Gesellschaft entstanden, die sich mental von der westdeutschen unterschied.

Bis dahin hatte man dies nicht wahrhaben wollen und fühlte sich durch die „Abstimmung“ mitteldeutscher Landsleute mit ihren Füßen bestätigt. Bis weit in die fünfziger Jahre hinein hatte die DDR im Westen „die Zone“ geheißen. Oder man hatte sie mit dem Attribut „sogenannte“ belegt; in einer bestimmten Presse wurde fast so etwas wie ein Kulturkampf um die Anführungsstriche geführt. Die Wiedervereinigung wurde regelmäßig beschworen, nicht nur am 17. Juni, dem Jahrestag des, wie man bald sagte, „Volksaufstandes in der DDR“, sondern auch in Dezembertagen, als das „Kuratorium Unteilbares Deutschland“ die Bundesbürger hüten aufforderte, als Zeichen der Verbundenheit mit den Menschen „drüben“ Kerzen in ihre Fenster zu stellen.

Es mag an diesen Erfahrungen liegen, daß sich in der Erinnerung der Deutschen die Geschichte der deutschen Teilung vor allem in Kenntnis ihres Ausgangs 1990 nun als Geschichte auf dem Weg zur Einheit darstellt. Vergessen ist das „fremde Land“, vor allem aber, wie es in vierzig Jahren in immer weitere Ferne rückte. Wenn man heute darüber streitet, wer die Voraussetzungen für die Vereinigung geschaffen hat – Adenauer mit der konsequenten Westbindung, Schumacher mit der Formulierung der „Magnettheorie“, die Protagonisten der neuen Ostpolitik während der sozialliberalen Koalition oder gar Helmut Schmidt mit dem Nachrüstungsbeschluß –, dann wird vor allem eines verdrängt: daß sich die Jahrzehnte zwischen dem Kriegsende 1945 und dem Untergang der SED und der Vereinigung der beiden deutschen Staaten 1990 als Teilungsgeschichte darstellen lassen, während der jede Seite für sich eigene Perspektiven für die Zukunft entwickelte. Sich diese nicht selten krassen Unterschiede zwischen Ost und West bewußt zu machen bleibt die vielleicht wichtigste Voraussetzung einer Annäherung.

In den fünfziger Jahren z. B. waren die sozialen Unterschiede zwischen den deutschen Teilgesellschaften in Ost und West noch nicht sehr ausgeprägt. Das Rentenniveau ähnelte sich bis Ende der fünfziger Jahre, und die Unterschiede im Verdienstniveau gingen vor allem auf die unterschiedliche Konvertierbarkeit der beiden deutschen Währungen zurück. 4,20 DM mußte man damals für einen Dollar bezahlen; dieses Verhältnis bestimmte auch den Wert von Ost- und Westmark. Allerdings unterschied sich die Wohlfahrtsdynamik seit den fünfziger Jahren, denn insbesondere seit dem Wirtschaftsboom, der eine ferne Wirkung des Koreakrieges war, drifteten die beiden deutschen Staaten auch ökonomisch auseinander.

Der Westen wurde Teil des sich herausbildenden westeuropäischen Wirtschaftssystems und fand sich seit den späten fünfziger Jahren wirtschaftlich voll, politisch hoffnungsvoll und kulturell zunehmend integriert. Das Wirtschaftswachstum eröffnete den Spielraum für eine neue Sozialpolitik, in der die Versorgung der Rentner sich mit Wohlstandsmehrung, etwa durch Eigenheimprogramme, verband. Die Vollbeschäftigung beendete jene wirtschaftliche Unsicherheit, die viele Jahrzehnte lang Kennzeichen abhängig Beschäftigter war. Die Wirtschaft war immer mehr auf Facharbeiter angewiesen, und für weniger qualifizierte Tätigkeiten mußten Arbeitskräfte aus dem weniger entwickelten Süd- und Westeuropa herbeigezogen werden. Dies galt vor allem für die Zeit nach dem Bau der Berliner Mauer. In sozialgeschichtlicher Hinsicht gelten die sechziger Jahre als wichtige Zäsur. Programme zur Eigentumsbildung, die Bildungsexpansion und die wirtschaftliche Fundierung sozialer Mobilität veränderten die deutschen Lebensverhältnisse.

Seit den sechziger Jahren öffnete sich der Mittelstand zur Facharbeiterschaft; dadurch übernahmen die Angehörigen der Arbeiterschaft mittelständische Orientierungen. Die Bildungsoffensive eröffnete größere Bildungschancen und damit auch die Aussicht auf sozialen Aufstieg. Innergesellschaftliche Grenzen schwanden. Die europäische Integration verstärkte diesen Prozeß. Das Fremde wurde nicht mehr als bedrohlich empfunden, das Eigene als veränderlich. Aversionen der europäischen Nachbarn, die das Bild der Deutschen in vielen Ländern bestimmt hatten, wurden schwächer – auch dies eine Folge der Verwestlichung deutscher Lebensstile und der politischen Integration. Vor allem der Lebensstil der Jugendlichen veränderte sich; die Älteren paßten sich der zunächst beklagten ‚Amerikanisierung‘ und Verwestlichung ihrer Kinder an. Nicht einmal die Kritik am Vietnamkrieg konnte an dieser Westorientierung etwas ändern – dies um so weniger, als die Studentenproteste im Westen Deutschlands ihre Entsprechungen in Frankreich und in den USA hatten.

Im Vergleich zu den fünfziger Jahren war in den sechziger Jahren ein ‚westliches‘ Deutschland entstanden. Dies veränderte auch die „mental map“, die innere politische und kulturelle Geographie. Eine „Bundesrepublikanisierung“ des Bewußtseins setzte ein und wurde nicht selten sogar politisch bewußt forciert. So erschien in den achtziger Jahren eine fünfbandige Geschichte der Bundesrepublik Deutschland, die darauf zielte, diesem westdeutschen Lebensgefühl eine historische Grundlage zu vermitteln. Aus Westdeutschland

war mental längst ein eigener Staat geworden, dessen Pädagogen, Politiker und Verfassungsjuristen mancherlei Anstrengungen unternehmen mußten, um Rudimente eines gesamtdeutschen Bewußtseins zu bewahren. Manche dieser Bemühungen waren längst zum Ritual geworden, wie die Gedenkfeiern anläßlich des 17. Juni 1953; einigen Politikern, etwa dem damaligen Bundespräsidenten Richard von Weizsäcker, gelang es allerdings, den Blick immer wieder nach Osten zu richten. Die deutsche Frage sei solange offen, sagte er, wie das Brandenburger Tor geschlossen sei – was eine Vereinigung aber politisch und sozial bedeutete, das konnte sich kaum einer vorstellen.

Im Osten hingegen wirkten sich Wandlungsprozesse aus, die von der SED bewußt initiiert und mit diktatorischen Mitteln durchgesetzt worden waren, um die dortige deutsche Gesellschaft zu verändern und einen „neuen Menschen“ zu schaffen. Die Enteignung der Großindustrien sowie der Banken und selbst die Bodenreform hatten die meisten Ostdeutschen hingenommen, denn sie sahen darin eine Beseitigung der soziostrukturellen Grundlagen nationalsozialistischer Herrschaft. Die Bildung Landwirtschaftlicher Produktionsgenossenschaften war schon nicht mehr so einfach akzeptiert worden und hatte ebenso die Flucht in den Westen forciert wie die Bedrängnisse, die der Mittelstand auszuhalten hatte und die sich über einen langen Zeitraum erstreckten. Freiberufler und Angehörige des Bildungsbürgertums verloren nicht nur ihre Selbständigkeit, sondern auch die Reputation. Lehrer zu werden war keineswegs mehr Ausdruck des Ehrgeizes oder des sozialen Aufstiegs, denn andere Berufe galten als attraktiver. Umworben wurde im Osten die Arbeiterschaft, vor allem nach dem Aufstand des 17. Juni 1953, der ein Arbeiteraufstand war. So veränderte sich in den Betrieben das Verdienstgefüge – Löhne wurden nivelliert, Leistungsanreize vor allem der Arbeiterschaft angeboten. Mancher Ingenieur verdiente weniger als der von ihm eingesetzte Arbeiter. Zugleich wurden soziale Differenzierungen nivelliert: Fast 90 Prozent der „Werkstätigen“ wurden als Arbeiter bezeichnet. Andererseits taten sich neue Unterschiede auf, vor allem als Folgen eines Nomenklatura-Systems, aber auch infolge der Möglichkeit des Zuverdienstes und der Entlohnung für Dienstleistungen in Valutamark.

Im Osten Deutschlands – im, wie man im Westen sagte, „Herrschaftsbereich Ulbrichts“ – hatte es seit den fünfziger Jahren also ebenfalls gravierende soziostrukturelle Änderungen gegeben, die schließlich zu einem ganz eigenen Wertesystem führten. Es berührte das Staatsverständnis ebenso

wie die Einschätzung des politischen Miteinanders und der Zukunftsorientierung. Diese Veränderungen betrafen wie im Westen nicht nur die Sozialstrukturen, sondern auch das Lebensgefühl. Insgesamt war der Westen den Ostdeutschen aber weniger fremd als der Osten den Westdeutschen. Vor allem durch das Westfernsehen wußte man sich im Osten zu orientieren. Dennoch waren die Unterschiede etwa bei der Bewertung des Eigentums kraß. Galt im Westen das Eigenheim als das höchste Ziel großer Anstrengungen, so waren Grund und Boden im Osten Deutschlands keineswegs besonders hoch geschätzt. Ein Auto galt nicht selten als ungleich erstrebenswerter denn ein Eigenheim, das durch den schwierigen Erhaltungsaufwand belastete; überdies waren dem Grunderwerb enge Grenzen gesetzt. Die Grundbücher wurden keineswegs mit der Sorgfalt geführt wie im Westen, vor allem, wenn die Besitzer geflohen waren.

Die Teilung schien ja endgültig; insofern war es nicht wichtig, was im Grundbuch stand. Das änderte sich schlagartig mit der Vereinigung, schaffte Unruhe und vergrößerte nicht selten auch die Vermögensunterschiede. Hätte man hier einen Ausgleichsmechanismus entwickelt, um die Verteilung der Grundvermögen sozial verträglicher zu gestalten und den einzigen Wert zu nutzen, der im Zuge der Vereinigung Bestand hatte – den Grund- und Hausbesitz –, dann hätten sich manche Probleme vermeiden lassen. Warum sollte ein im Westen lebender Grundbesitzer nicht die Hälfte seines Verkaufserlöses in einen „Vereinigungsfond“ einzahlen, warum sollte der Ostdeutsche, der ein Grundstück erworben hatte, ohne im Grundbuch zu stehen, nicht im Laufe von zwanzig Jahren einen ähnlichen Betrag aufbringen und in denselben Fond einzahlen, der ausschließlich der Schaffung neuer Infrastrukturen hätte zugute kommen können?

Anders stellte sich das Problem in der mittelständischen Industrie. Mancher Fabrikant, mancher selbständige Handwerker war in den fünfziger und sechziger Jahren in Genossenschaften gezwungen worden. Diese faktische Enteignung erschien ihnen oft nicht einmal das Schlimmste zu sein. Aber daß sie mit Bauern und Selbständigen, Akademikern und Lehrern öffentlich als mitverantwortlich für den Nationalsozialismus gebrandmarkt wurden, das schmerzte. Die Zerstörung der Kultur des Mittelstandes hatte schlimme Folgen, denn sein Kennzeichen ist die Orientierung an sozialer Kontinuität. Auch durch die Bildungspolitik der SED wurde diese Kontinuität unterbrochen, während man im Westen versuchte, sozialen Aufstieg durch Bildung

kompensatorisch zu erleichtern. Die DDR-Führung sah sich am Ziel ihrer Wünsche, als eine Berufsstatistik feststellte, daß mehr als 90 Prozent der Bevölkerung der Arbeiterschaft zuzurechnen seien. Der Preis dieser Nivellierung war nicht nur eine weitgehende Proletarisierung des Lebensgefühls, sondern auch die Zerstörung sozialer Gruppen, die eine differenzierte Industrie- und Dienstleistungsgesellschaft tragen.

Auch die Auseinandersetzung mit den Kirchen trug zum Gefühl der Unterdrückung bei. Es verstärkte sich durch die Erfahrung, daß die Kinder von Angehörigen des Bürgertums nicht mehr ohne weiteres die Hochschulreife erwerben oder ein Studium aufnehmen durften. Daß in den späten vierziger Jahren Arbeiter- und Bauernfakultäten die Bildung demonstrieren sollten, hatte man akzeptiert – auch als Facette in der Auseinandersetzung zwischen den ‚Krupps‘ und den ‚Krauses‘. Aber Bildung und Ausbildung vom Wohlverhalten einerseits und von gesellschaftlichen Veränderungsvorstellungen andererseits abhängig zu machen, das war schwer zu akzeptieren. Als der Druck auf die Arbeiterschaft zunahm, indem deren Normen erhöht wurden, stellte sich für viele Bürger der DDR die Frage, ob sie in Ost- oder in Westdeutschland ihre weitere Existenz suchen wollten. Vor allem den Jüngeren fiel die Antwort bis zum Mauerbau leichter. Etwa drei Millionen Menschen hatten bis zu diesem Zeitpunkt die DDR verlassen.

Der zweite deutsche Staat, das andere Deutschland, Mitteldeutschland – eben die DDR war in den sechziger Jahren völkerrechtlich nur von den Ostblockstaaten und ihren Verbündeten sowie den westlichen Siegermächten anerkannt worden. Für viele Westdeutsche rückte die DDR zunehmend in den Hintergrund, nicht nur als Lebensraum von mehr als 16 Millionen Deutschen, sondern auch geographisch. Wo genau lagen Stendal, Greifswald, Gera oder Oschatz? Die DDR – das war bald vor allem nur die unangenehme Strecke, die man auf dem Weg nach Berlin durchquerte. Zwar lebten dort auch Deutsche. Aber sie schien auszuzeichnen, daß sie in ihrer Mehrheit den Westen wollten. Daß sie eine eigene Identität entwickelt hatten, das war zwar von Journalisten beobachtet und beschrieben, aber nicht als Entfremdung zwischen den beiden deutschen Teilgesellschaften interpretiert worden. Ging nicht die Bonner Regierung von einem einheitlichen deutschen Staatsbürgerrecht aus, das jedem Zustand, der „aus dem Osten“ in den Westen kam? War das nicht Klärung genug?

Der UNO-Beitritt der DDR hatte diesen westdeutschen Alleinvertretungsanspruch relativiert, die Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa auch die DDR zu einem europäischen Verhandlungspartner gemacht. Ständige Vertretungen, Kredite und Staatsbesuche hatten weiteres getan. Nur sehr weitsichtige Analytiker verspürten den Druck des Wandels, der schon 1963 von Egon Bahr in seiner Tutzingener Rede als Begleitumstand der Annäherung programmatisch gedeutet wurde. Der einflußreiche Berliner Publizist Peter Bender sprach damals von einer „offensiv“ zu betreibenden „Entspannung“. Dieses Konzept wurde vor allem mit der sozialliberalen Koalition zu einem Ferment des europäischen Wandels. Koexistenz sollte den europäischen Frieden bewahren helfen und Entkrampfungen im Verhältnis der Blöcke bewirken.

Eine ähnlich zupackende Vision braucht die deutsche Vereinigungsgesellschaft heute. Unterschiede zwischen den beiden deutschen Teilgesellschaften konstituieren ja keine jeweiligen deutschen Ethnien, sondern nur jene regionalen Unterschiede, die eigentlich Voraussetzung der kulturellen und politischen Vielfalt sind. Ein föderatives System scheint überdies wie kaum ein anderes geeignet, diese Unterschiede produktiv wirksam werden zu lassen und sie zugleich zu integrieren.

Wichtig ist es, die Vereinigung als positive Herausforderung, als Bewährung der deutschen Vereini-

gungsgesellschaft zu akzeptieren. Gewiß „kommt zusammen, was zusammengehört“. Dies geschieht aber nicht als Folge eines zufälligen Ereignisses, eines Zusammenbruchs, sondern als Ergebnis von politischen Entscheidungen, die die Deutschen in den achtziger Jahren wollten, hüben wie drüben. Der häufig zitierte Satz von Willy Brandt gab dem Vereinigungsgefühl einen bis heute nachhallenden Ausdruck. Er hatte zugleich einen weiteren Aspekt, denn Brandt wollte auch sagen, daß zusammenwachse, was zusammengehört, *weil* es zusammengehört. Die Freude an der Vereinigung lasse er sich durch nichts und niemanden nehmen, erklärte Willy Brandt.

Dieses Lebensgefühl zu stärken wäre die Konsequenz eines Selbstbewußtseins, welches in der Vereinigung nicht nur die Erfüllung eines politischen Zieles, sondern eines noch tiefer reichenden Wunsches sieht, der sich vor anscheinend schon weit zurückliegenden Jahren so machtvoll Ausdruck gab und heute nicht selten nur noch resignativ in die Erinnerung zurückgeholt wird. Die beiden deutschen Gesellschaften, so unterschiedlich sie in den vierzig Jahren ihrer Teilung geworden sind, haben viele Gemeinsamkeiten in ihrer Vergangenheit bewahrt, auch in der Distanzierung gegenüber der Teilung. Diese Gemeinsamkeit kommt in der gemeinsamen Verantwortung für die gelingende gesellschaftliche Vereinigung zum Ausdruck, zu der es keine Alternative gibt.

## **Dirk Blasius: Von Bismarck zu Hitler. Kontinuität und Kontinuitätsbegehren in der deutschen Geschichte**

Aus Politik und Zeitgeschichte, B 51/98, S. 3–10

Zu den Verwüstungen, die der Nationalsozialismus in der deutschen Geschichte angerichtet hat, zählt fraglos auch die Zerstörung einer vom Bürgertum und seinen Denk- und Wertkategorien geprägten politischen Kultur. Nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs – im Angesicht der „deutschen Katastrophe“ (Friedrich Meinecke) – fiel es freilich schwer, von einer Mithaftung der ideellen und moralischen Substanz des deutschen Bürgertums für das, was zwischen 1933 und 1945 geschehen war, abzuweichen. Es wurde nach Traditionen gefahndet, die Hitler den Weg zur Macht geebnet und das von ihm errichtete Regime getragen und im Inneren gefestigt hatten. Was Ian Kershaw in seiner kürzlich erschienenen Hitler-Biographie zum Fokus der Interpretation gemacht hat – die Korrespondenz zwischen dem Willen des Diktators und der Bereitschaft großer Teile der deutschen Gesellschaft, sich auf die NS-Diktatur einzulassen –, ist der Kern des deutschen Kontinuitätsproblems.

In dieser Abhandlung, die nach den verbindenden Linien zwischen Bismarck und Hitler, zwischen zweitem und „Drittem Reich“ fragt, wird zunächst ein Blick auf die unterschiedlichen Ansätze der Kontinuitätshistorie geworfen. Diese hat viel zuwenig beachtet, wie die braunen Machthaber es verstanden, sich über Kontinuitätsinszenierungen in den Gang der deutschen Geschichte einzuschleichen. Über das Versprechen von Kontinuität mit den Traditionen und Werten der politischen Kultur des Kaiserreichs gelang es dem NS-Regime, die deutsche Gesellschaft und besonders die für seine Vorhaben so wichtigen alten Führungsgruppen in Militär, Bürokratie, Wirtschaft und Kultur zu gewinnen. Carl Schmitt hat in seinen historisch-politischen Schriften am suggestivsten die affektiven Kontinuitätsbedürfnisse des gebildeten Deutschland zu formulieren und zu zentrieren verstanden. Er ist eine exemplarische Figur für den Anteil, den ein fehlgeleitetes Kontinuitätsbewußtsein an der Ermöglichung und am Vollzug der NS-Herrschaft hatte.

## **Bernd Faulenbach: Überwindung des „deutschen Sonderweges“? Zur politischen Kultur der Deutschen seit dem Zweiten Weltkrieg**

Aus Politik und Zeitgeschichte, B 51/98, S. 11–23

Vor dem Hintergrund der Spezifika der deutschen politischen Kultur im 19. und in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts, die in der Entgegensetzung zum „Westen“ vielfach unter dem Begriff „deutscher Sonderweg“ subsimiert worden sind, stellt sich die deutsche politisch-kulturelle Entwicklung seit dem Zweiten Weltkrieg als ein im Rahmen gegensätzlicher Systeme verlaufender Prozeß der Neuprägung der deutschen politischen Kultur dar. Die „deutsche Katastrophe“ und die Integration der beiden deutschen Staaten in die Blocksysteme machten nicht nur die Fortsetzung eines nationalistischen Sonderweges unmöglich, sondern sie wirkten auch als Katalysatoren einer allerdings im Osten und Westen unterschiedlichen politisch-kulturellen Neuorientierung.

Gewisse Besonderheiten des „deutschen Weges“ – traditionelle Leitbilder, Mentalitäten und Verhaltensweisen – wurden tendenziell länger im Osten als im Westen bewahrt; auch sie trugen dazu bei, daß sich beide Teile mental auseinanderentwickelten. Während sich im Westen in mehreren Stufen eine sozialstaatlich fundierte Bürgergesellschaft herausbildete, versuchte die SED-Diktatur die Gesellschaft – überwiegend nach sowjetischem Vorbild – zu „durchherrschen“, was ihr freilich nur bedingt gelang, da sie auf vielfältige Grenzen stieß. Der „Verwestlichung“ der Bundesrepublik entsprach keine vergleichbare „Veröstlichung“ der DDR, obgleich eine „Sowjetisierung“ politisch viel unmittelbarer beabsichtigt war als eine „Amerikanisierung“ im Westen. Die beiden deutschen Staaten waren dabei auf eine komplizierte, zunehmend asymmetrische Weise miteinander verbunden. Durch die Vereinigung fusionierten also zwei unterschiedlich geprägte politische Kulturen, von denen die eine mit dem politischen System, auf das sie bezogen war, scheiterte, gleichwohl aber in bestimmten Haltungen und Orientierungsmustern partiell weiterlebte; aufgrund der Probleme des Einigungsprozesses verfestigten sich sogar einige Verhaltensweisen.

Der Spannungsbogen der politischen Kultur der – wie man derzeit häufig sagt – „Berliner Republik“ wird größer sein als der der „Bonner Republik“. Dennoch spricht gegenwärtig alles dafür, daß die gewachsene demokratische politische Kultur der alten Bundesrepublik und die in der friedlichen Revolution 1989 in der DDR manifesten demokratischen Potentiale sich in einer Weise zu verbinden begonnen haben, die auch die Gesellschaft des vereinigten Deutschland nicht als Revitalisierung des „deutschen Sonderweges“, sondern als demokratische Bürgergesellschaft erscheinen läßt, die im europäischen Staatenverbund eng mit den anderen Gesellschaften – insbesondere des Westens, zunehmend aber auch des Ostens – verschränkt ist.

**Peter Steinbach: Deutschland vor und seit der Wende. Von der Kenntnis zur Anerkennung der Verschiedenheiten**

Aus Politik und Zeitgeschichte, B 51/98, S. 24–30.

Die Bekenntnisse zur deutschen Einheit haben nicht selten verhindert, daß die sozialgeschichtlichen Folgen der vierzigjährigen Teilung aufmerksamer in den Blick genommen wurden. Man stritt über Begriffe und „Phänomene“, die zugleich von der Lebenswirklichkeit im geteilten Deutschland ablenkten. Vierzig Jahre deutscher Nachkriegsgeschichte bedeuten vier Jahrzehnte deutscher Teilung, mit allen Folgen für Mentalitäten, soziale Strukturen und Wertvorstellungen. Nur ein offener Blick, eine vertiefte Kenntnis der Transformationsvoraussetzungen kann den nach wie vor schwierigen mentalen wie problemorientierten Übergang vom Zusammenbruch der DDR zur Vereinigung der beiden deutschen Teilgesellschaften erleichtern.

Zu oft wird übersehen, daß sich in den beiden Teilen Deutschlands nicht nur unterschiedliche Mentalitäten aufgrund z. T. völlig verschiedener Sozialisationsbedingungen herausgebildet haben; die jeweils anderen Lebenserfahrungen und zeithistorischen Sichtweisen haben auch Identitäten mit unterschiedlichen Orientierungen und Werten begründet. Die deutsche Einheit erfolgte zwar verfassungsrechtlich durch den Beitritt der neuen Bundesländer zum Geltungsbereich des Grundgesetzes, ferner durch die Übernahme der Wirtschafts- und Sozialordnung. In langen Jahrzehnten geprägte Erfahrungen und Mentalitäten können und dürfen dabei jedoch nicht gegenstandslos werden oder unbeachtet bleiben. Die begonnene gemeinsame politische Kultur erfordert es, wechselseitig die Entstehungsgeschichte der Verschiedenheiten zu kennen, um sie anerkennen zu können.